Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 414. Mittag-Ausgabe. Fünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 6. September 1869.

Deutschland.

Berlin, 4. September. [Amtliches.] Se. Majestät der König sind heute früh von Vilbel hierher zurückgekehrt.

Se. Maj. der König hat dem evangelischen Pfarrer Wieber zu Altenkirchen im Kreise Wetzlar, dem Oberpost-Commissarius Schwindt zu Görlitz und dem Steuer-Einnehmer Moyseszig zu Dirschau den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; den katholischen Lehrern Reiß zu Waltorf im Kreise Neisse und Klimpe zu Nieder-Hermsdorf desselben Kreises das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Grenzaufseher Carl Friedrich August Schulz zu Colbergermünde die Rettungsmedaille am Bande verliehen; dem Oberpräsidenten v. Moeller zu Cassel zum Wirklichen Geheimen Rathe mit dem Prädikate „Excellenz" ernannt, und dem Steueramts-Rendanten Dörenberger in Dortmund den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der königliche Hof legt heute für Seine Hoheit den Fürsten Friedrich Wilhelm Constantin zu Hohenzollern Hechingen die Trauer auf 14 Tage an.

Der Kreisrichter Hellhoff zu Rogasen ist zum Rechtsanwalte bei dem Kreisgerichte in Wittstock und zugleich zum Notar im Departement des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Pritzwalk ernannt worden. Der Notariats-Candidat Saaßen in Crefeld ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Wittlich, im Landgerichtsbezirke Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wittlich ernannt worden.

[Se. Maj. der König] trafen am 1. d. Abends mittelst Extrazuges in Homburg ein, besichtigten am 2. die Truppen der 21. und der großherzoglich hessischen Division in der Nähe von Vilbel und Grunau und gaben im Schloß zu Homburg ein größeres Diner, zu dem auch die den Manövern beiwohnenden Offiziere von England, Frankreich, Italien und Norwegen Einladungen erhalten hatten. Am Abend wohnten Se. Maj. der König der italienischen Opernvorstellung der Signora Patti bei. Am 3. inspicirten Se. Maj. der König die obengenannten Truppen im Corpsmanöver bei Vilbel, dejeunirten in Vilbel bei Sr. königl. Hoheit dem Großherzog von Hessen und begaben Allerhöchstsich per Extrazug nach Berlin, wo Allerhöchstdieselben um 1 Uhr Nachts eintrafen. — Heute Früh machten Se. Majestät der König dem so eben eingetroffenen Großfürsten Konstantin kaiserliche Hoheit einen längeren Besuch im russischen Gesandtschaftspalais und empfingen Höchstdero Gegenbesuch. Vorträge nahmen Allerhöchstdieselben an von dem Geheimen Cabinetsrath v. Mühler, dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Wehrmann, dem Kriegsminister, dem Chef des Militärcabinets, General-Major v. Treskow, und dem Wirklichen Geheimen Rath v. Obstfelder, so wie militärische Meldungen vom General der Infanterie v. Moltke, dem russischen General-Adjutanten Grafen Koutousoff, Militär-Gesandten am hiesigen Hofe, dessen Sohn, der den hiesigen Manövern beiwohnt, und 3 eidgenössischen Offizieren, die sich zum selben Zweck hier aufhalten. Um 5 Uhr findet ein größeres Diner zu Ehren Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Konstantin im königlichen Palais statt. Morgen 3¼ Uhr begeben Se. Maj. der König Allerhöchstsich mittelst Extrazuges nach Stettin, wo die Manöver des 2. Corps beginnen, an welche sich demnächst die des 1. Corps bei Königsberg und Elbing anschließen werden.

[Ihre königliche Hoheit die Kronprinzessin] ist heute Mittag vom Neuen Palais bei Potsdam nach Stargard abgereist, von wo Höchstdieselbe Sich morgen in Begleitung Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen zu mehrtägigem Aufenthalte nach Stettin zu begeben gedenkt. — Im Gefolge Ihrer königl. Hoheit befinden sich die Hofdame Gräfin Hohenthal, der Kammerherr v. Normann und der Kammerjunker Graf Seckendorff. (St.-Anz.)

[Ueber die Reise Sr. Majestät des Königs] zu den Manövern des zweiten und ersten Armeecorps bringt die „Ostpr. Ztg." folgende Mittheilungen:

Stettin. Sonntag, den 5. d. Mts., 6¼ Uhr, trifft Se. Majestät in Stettin ein, woselbst Empfang stattfindet; Abends, bei glänzender Beleuchtung der Stadt, wird Sr. Majestät ein Fackelzug und ein Ständchen dargebracht. Montag: Große Parade, Diner bei Sr. Maj. im Schlosse zu Stettin, Festvorstellung im Theater seitens der Kaufmannschaft. Dinstag: Diner seitens der Communalstände von Altpommern, Zapfenstreich. Mittwoch: Geistliches Morgenständchen, Rennen bei Stargard, Diner bei Sr. Majestät, Festfahrt auf einem Dampfboote seitens der Stadt nach Frauendorf, Thee in Frauendorf.

Schloß Pansin. Donnerstag den 9.: Diner bei Sr. Majestät. Freitag: Dejeuner seitens der Stände des Saatziger Kreises, Souper bei Sr. Majestät.

Creuz. Sonnabend den 11.: Diner mit den fremdherrlichen Offizieren.

Königsberg. Sonnabend den 11., Abends 11 Uhr, trifft Se. Majestät der König in Königsberg ein, woselbst Empfang stattfindet. Sonntag den 12.: Gottesdienst, kleines Diner bei Sr. Majestät, Zapfenstreich. Montag: Große Parade, Diner bei Sr. Majestät, Gartenfest von der Provinz. Dinstag: Diner bei Sr. Majestät, Ball bei Sr. Excellenz dem commandirenden General Freiherrn v. Manteuffel. Mittwoch: Musik seitens der musikalischen Akademie, Diner bei Sr. Majestät.

Braunsberg. Donnerstag den 16.: Diner für Se. Majestät in Böhmenhöfen bei Sr. Excellenz dem commandirenden General Freiherrn v. Manteuffel, Diner für die königlichen Prinzen und fremden Fürstlichkeiten, welche die Bivouaks bereiten, in Braunsberg: Diner für die fremdherrlichen Offiziere in Elbing; Souper bei Sr. Majestät in Braunsberg.

Elbing. Donnerstag Abends 7½ Uhr Empfang. Freitag den 17.: Kleines Diner bei Sr. Majestät, Diner für die fremdherrlichen Offiziere, Fest der Bürgerschaft und Kreisstände. Sonnabend den 18.: Diner beim Grafen Dohna-Schlobitten; Diner der nicht in Schlobitten dinirenden königl. Prinzen, Fürstlichkeiten und fremdherrlichen Offiziere in Elbing. (Mont. Z.)

[Se. Maj. der König] wird Anfangs October wieder am diesseitigen Hoflager eintreffen, zuvor aber nochmals in die westlichen Provinzen gehen und am 30. September, dem Geburtstage J. Maj. der Königin Augusta, in Baden-Baden verweilen.

[Die Besetzung des Botschafter-Postens in Paris] wird bis zum nächsten Monat erfolgt sein. Gegenwärtig ist auch der dortige Botschaftsverwalter, Graf Solms, auf Urlaub, von welchem er vielleicht in seine bisherige Stellung nicht zurückkehrt. Vertreter desselben ist augenblicklich Graf Lynar.

[Die „Aufhebung der Klöster in Preußen"] wird in dem, hier im nächsten Monat zusammentretenden Abgeordnetenhause Gegenstand einer der ersten Debatten sein und es dürften dabei viele interessante Aufschlüsse gegeben werden. Material dazu wird bereits von hervorragenden Deputirten gesammelt.

[Der evangelische Ober-Kirchenrath] wird seinen, dem Magistrat ertheilten, den Consistorialbescheid in Sachen des Protestantentags bestätigenden Bescheid demnächst wohl auch veröffentlichen lassen. Im Volke fragt man sich, warum denn überhaupt der Magistrat als Patron der Kirchen, nicht einmal das Recht haben soll, über dieselben zu verfügen? Wurden doch vierzig Jahre hindurch die Kirchen zu Wahllocalen (bei Stadtverordneten- und Schiedsmann-Wahlen) ungehindert und ohne Einspruch des „Kirchenregiments", also doch auch zu ganz „profanen" Zwecken benutzt. (Mont.-Z.)

[Der Kaiser von Rußland.] Während im Allgemeinen die neueren Nachrichten den Zustand Napoleons sich bessern lassen, treffen aus Petersburg sehr bedenkliche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers von Rußland, der gegenwärtig in Livadia sich aufhält, ein. Nach dem „Wiener Tagblatt" soll die Aufregung in der Hauptstadt des russischen Reiches eine sehr bedeutende sein; in den Hauptkirchen werden unausgesetzt Gebete für den Kaiser abgehalten, und vor dem Residenzpalaste drängen sich die Volksmassen, um die neuesten Telegramme aus Livadia zu erwarten. (Berl. Börsen-Courr.)

[Die Ernennung des Schloßhauptmanns von Dachröden] zum Generaldirector der Museen ist nunmehr entschieden. Herr v. Dachröden, eine, besonders in Kunstkreisen sehr beliebte und geachtete Persönlichkeit, war gleich nach dem Abgange des Herrn von Olfers als Nachfolger genannt und nur dazwischen eine andere Candidatur aufgetaucht, welche indeß eben so schnell, wie sie entstanden, wieder verschwand. Mit dem Eintritt des Generaldirctors endet die interimistische, commissarische Verwaltung, welche von dem Generalsecretär und den Abtheilungsdirigenten geführt worden. Selten hat eine Verwaltung so wenig Vertheidiger gefunden wie die Olfers'sche.

[Universität.] Nachdem Roscher in Leipzig die Stelle eines Professors der National-Oekonomie an der Berliner Universität abgelehnt hat, wird es schwer werden, einen geeigneten Ersatz zu finden. Die für die theologische Facultät neu berufenen beiden Professoren werden schon zum bevorstehenden Winterhalbjahr ihre Vorlesungen hier beginnen.

[Den Police-Inhabern,] welche das Unglück haben, bei der Versicherungs-Gesellschaft „Albert" betheiligt gewesen zu sein, ist gestern ein Circular der Liquidatoren Price und Kirby mit der Aufforderung zugegangen, sich über die Annahme des Reconstructionsplanes zu erklären. Die in England betheiligten Actionäre entfalten die größte Thätigkeit, theils um den Verlust zu verringern, theils um die energische Bestrafung der Betrüger ins Werk zu setzen. — Zu den, durch das Falissement der englischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft „Albert" Betheiligten gehört auch der Geh. Commissionsrath Franz Wallner — der Gründer des hiesigen Wallner-Theaters und in neuerer Zeit auch als Schriftsteller beliebt geworden — welcher dieser Angelegenheit halber vorgestern in Berlin eintraf und der gestern stattgehabten Versammlung der Policen-Inhaber beiwohnte.

[Befreiung vom Dienst.] Da die hohen jüdischen Feiertage in diesem Jahre in die Zeit der großen Manöver fallen, so hat der commandirende General des ersten (preußischen) Armeecorps, General der Cavallerie v. Manteuffel, auf den Antrag der Rabbiner von Königsberg und Danzig die jüdischen Soldaten für die Tage des 6. und 7., wie des 15. September (Neujahrs- und Versöhnungsfest) vom Dienste befreit. (Mont.-Ztg.)

[Zur Humboldtfeier.] Dem Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung Herrn Kochhann sind behufs Vermittelung der Vertheilung bei der Säcularfeier Humboldt's unter die Schulbibliotheken seiner Geburtsstadt Berlin 50 Exemplare Humboldt's Kosmos (Jubiläums-Ausgabe) 4 Bände, 50 dergl. Ansichten, 2 Bde. und 25 dgl. Reise, 4 Bände, von der J. G. Cotta'schen Buchhandlung aus Stuttgart übersandt worden. (N. Z.)

[Schluß des Depeschenwechsels.] Es bestätigt sich, daß die Regierung die Absicht hat, den Depeschenwechsel mit dem Herrn Reichskanzler nicht fortzusetzen. Wir sind aber im Irrthum gewesen in der Annahme, daß dieser Entschluß sich speciell auf den vom Grafen Beust über sein behauptetes Entgegenkommen angebotenen Schriftwechsel bezöge, oder durch dies Anerbieten veranlaßt sei. — Man betrachtet vielmehr hier die Themata der neuerdings veröffentlichten Depeschen als zur Befriedigung erschöpft. (N. Allg. Ztg.)

[Versicherungswesen.] Man begegnet in verschiedenen Zeitungen der Nachricht, daß in Veranlassung des Concurses der Versicherungsgesellschaft „Albert" im preußischen Ministerium eine neue Gesetzvorlage über das Genossenschaftswesen, namentlich über das Versicherungswesen, ausgearbeitet werde. Hinzugefügt wird noch, daß die Vorlage über das Versicherungswesen im Handelsministerium entworfen werde. Die Nachricht erweist sich schon in dieser Form als unrichtig, denn das Versicherungswesen gehört bekanntlich nicht in den Ressort des Handesministeriums, sondern in den des Ministerium des Innern. Aber auch abgesehen von diesem Irrthum ist der Stand der Dinge in der Mittheilung falsch angegeben worden. Es ist erinnerlich, daß von Seiten des Ministeriums des Innern legislative Vorlagen über das Versicherungswesen im Allgemeinen und über die Feuer-Versicherung insbesondere an den Landtag gemacht worden. Die Vorlagen wurden aber nicht erledigt, sondern man erkannte vielmehr als richtig, diese ganze Angelegenheit der Bundeslegation zu überweisen, weil das Versicherungs-Wesen naturgemäß auf eine gesetzliche Regelung auf dem umfangreicheren Gebiet angewiesen ist. Das Bundeskanzleramt hat auch die Sache in die Hand genommen und sind von Seiten desselben die Bundesregierungen angewiesen worden, ihrerseits das erforderliche Material herbeizuschaffen, welches bei einer auf den Gegenstand bezüglichen Vorlage zu Grunde gelegt werden soll. Die Ausarbeitung eines solchen Gesetzentwurfes wird also nicht in der Sphäre des preußischen Ministeriums, sondern im Bundeskanzleramte stattfinden. (Nordd. Allg. Z.)

Stettin, 4. Sept. [Graf Bismarck.] Nach uns zugegangener zuverlässiger Mittheilung ist heute dem Hrn. Commerzienrath Stahlberg von dem Bundeskanzler Grafen v. Bismarck die briefliche Mittheilung gemacht worden, daß Hr. v. Bismarck durch erneuertes Unwohlsein zu seinem Bedauern verhindert werde, sich an dem hiesigen Empfange des Königs zu betheiligen. (Stettiner Z.)

Stettin, 5. Sept. [Se. Maj. der König] sowie die Prinzen Carl, Albrecht, Friedrich Carl und der Herzog von Koburg trafen um 6 Uhr Abends unter dem Salut der Festungsgeschütze hier ein. Der Kronprinz und die Kronprinzessin waren zum Empfange auf dem Bahnhofe anwesend. Der König wurde von der zahlreich versammelten Volksmenge mit lebhaftem Enthusiasmus begrüßt. Um 7 Uhr fand ein Familiendiner statt; um 8 Uhr wurde dem Könige von Seiten der vereinigten Liedertafeln ein Ständchen gebracht; um 9 Uhr wird Se. Majestät eine Fahrt durch die glänzend beleuchtete Stadt unternehmen. (W. T. B.)

Flatow, 3. Sept. [Wahl.] Bei der so eben in Jastrow getroffenen Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Flatow-Dt. Crone ist der Regierungspräsident Graf zu Eulenburg in Wiesbaden einstimmig wiedergewählt worden. Derselbe war früher Landrath des Dt. Croner Kreises, wurde später als Geheimer Rath ins Ministerium berufen und kürzlich als Regierungspräsident in Wiesbaden angestellt. Aus Flatow selbst sollen keine Wahlmänner in Jastrow erschienen sein. (Br. Z.)

Danzig, 3. September. [Marine.] Se. königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen traf, wie bereits gemeldet, gestern Nachmittag 4 Uhr an Bord Sr. M. Dampfjacht „Grille" in dem hiesigen Hafen ein, und ging das Schiff unter dem Commando des Capitän-Lieutenants von Ratzeburg an der königlichen Werft zu Anker. Se. königliche Hoheit verblieb die Nacht an Bord und inspicirte heute Vormittag die Corvette „Niobe" und die an der königlichen Werft liegenden Schiffe. — Se. königliche Hoheit ist, wie schon früher gemeldet, dem Panzergeschwader während des Seemanövers auf der „Grille" gefolgt und hat sich von den Leistungen der Schiffe Ueberzeugung verschafft. Morgen wird Se. königliche Hoheit auf der „Grille" die Rückreise nach Kiel antreten und für einige Stunden Swinemünde anlaufen. (Westpr. Ztg.)

Kiel, 3. Sept. [Marine.] Die norddeutsche Bundesfregatte „Hertha", Commandant Capitän zur See Köhler, lief gestern Vormittag von Swinemünde kommend hier ein und ging vor der „Gefion" vor Anker. Dieselbe geht, nachdem sie hier vollständig ausgerüstet ist, nach Japan.

Das Manöver der Panzerfregatten „König Wilhelm", „Friedrich Carl" und „Kronprinz" hat eine längere Ausdehnung erhalten, wie zuerst beabsichtigt war; dasselbe sollte nur 48 Stunden währen, ist bis jetzt aber noch nicht beendet; gestern Abend sind dieselben in die Eckernförder Bucht eingelaufen. Im Laufe des morgenden Tages werden dieselben zurückerwartet. Der Raddampf-Aviso „Pr. Adler" ist bereits nach dem hiesigen Hafen zurückgekehrt. (Kiel. Corr.)

Dresden, 5. September. [Volksversammlung.] Heute fand hier eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher folgende Resolution angenommen wurde: „Sowohl das Kohlenbergwerk- als das Eisenbahnunglück veranlassen ein tiefes Mißtrauen in die Gewissenhaftigkeit der betreffenden Verwaltungen. Es ist daher eine strenge Untersuchung ohne Rücksicht auf Personen und die eventuelle Bestrafung der Schuldigen erforderlich, sowie civilrechtlich eine schärfere Haftpflicht, wonach Unternehmer und Verwaltungen den Beweis der Schuldlosigkeit führen müssen." — In einer demnächst stattfindenden Volksversammlung soll die Klosterfrage verhandelt werden. (T. B. f. N.)

Darmstadt, 3. Sept. [Ansprache.] Einundachtzig evangelisch-lutherische Geistliche, denen sich neun, theils reformirte, theils unirte Geistliche unter Reservation bezüglich des Bekenntnisses angeschlossen, haben eine Ansprache an ihre Gemeinden im Druck erscheinen lassen, in welcher sie zunächst die Thätigkeit des Protestantenvereins in der Angelegenheit des Mitpredigers Mitzenius besprechen und sodann sich gegen die von diesem Verein erstrebte Art einer Synodal- und Presbyterial-Verfassung verwahren. (Darmst. Z.)

⊙ **Mainz**, 3. September. Auf der Tagesordnug der 3. Sitzung des 11. volkswirthschaftlichen Congresses stand zunächst die Berathung der Prinzipien, welche für die Aufnahme von Staatsanleihen gelten sollen. Referent ist Prof. Emminghaus, Karlsruhe. Derselbe will sich auf die Untersuchung der wirthschaftlichnn Berechtigungsgrenzen des Staatsschuldenwesens beschränken. Er schilderte die vollständige Prinziplosigkeit, die bisher in der Aufnahme von Staatsanleihen herrschte, wo der Credit allein die Grenze seiner Benutzung bildete, wo Regierungen und Völker die Steuern als das größere Uebel betrachten. Ein übles Ende ist unausbleiblich, man kann aber der Finanzwirthschaft nicht die Schuld daran aufbürden, so lange nicht die Berechtigungsgrenzen der Benutzung des Staatscredits feststehen. Einen Beitrag hiezu zu liefern, ist Zweck meines Vortrags. Den älteren Finanztheoretikern erscheint die Staatsanleihe lediglich als ein nothwendiges Uebel; viele Steuern dichten ihr alles mögliche Segensreiche an, andere vermitteln zwischen beiden Ansichten. Gemeinsam ist den meisten Steuern, daß sie nach dem Zwecke der Staatscreditsbenutzung fragen und dieselbe für wirthschaftliche Privatanlagen für gerechtfertigt erklären. Ich halte eine Analogie der Benutzung des Credirs durch den Privatmann und den Staat für unzulässig, denn wir kommen damit zu dem Resultat, daß der Staat sich des Credits überall da bedienen darf, wo er nicht unwirthschaftliche Ausgaben im Auge hat und der Verzinsung und Tilgung gewiß ist; diese Analogie führt zur Schranken- und Prinziplosigkeit. Referent trägt die Ansichten Laspeyres, Dietzels, Wagners und Umsenbachs vor und wägt sie gegeneinander ab. Man sähe jetzt in der Steuer eine Belastung der Gegenwart, in der Anleihe eine Belastung der Zukunft und schreibe der Anleihe eine so gute Vertheilung der Staatslasten und Staatskräfte zu, wie sie die Steuer nicht darbiete. Diese Ansicht von der lastenvertheilenden Wirkung der Staatsanleihe sei durch die Soetbeersche Untersuchung erschüttert worden. Nun sind neue Grundsätze für die Aufnahme von Staatsanleihen aufzustellen. Ich allerdings sehe gar keinen Grund für die Aufnahme von Staatsanleihen für gewöhnliche Zeiten. Hierzu sind die Steuern da, deren Reform allerdings dringend nothwendig ist. So schwerfällig, complicirt und kostspielig die Steuererhebung ist in allen europäischen Staaten, so ist doch die denkbar größte Summe leichter durch Steuern aufzubringen, ohne den Volkswohlstand erheblich zu schädigen, als durch Anleihen. Eine Mehrbelastung des norddeutschen Volks durch Steuern ist entschieden der Belastung durch Anleihen vorzuziehen. Sehr lehrreich ist die Geschichte der englischen Kriegsschuld, welche, wenn sie durch Steuern, nicht aber durch Anleihen gedeckt worden wäre, längst nicht mehr das englische Volk drücken würde. Referent empfiehlt daher folgende Resolutionen:

> Indem der Congreß deutscher Volkswirthe sich auf die in seiner siebenten Versammlung gepflogenen Verhandlungen über Staats-Lotterieen, Lotterie-Anlehen und concessionirte Spielbanken, und auf die hierbei gefaßten Beschlüsse, insbesondere denjenigen zurückbezieht, welcher folgendermaßen lautet:
>
> „Es muß mit allen Kräften dahin gestrebt werden, daß die Regierungen fernerhin weder direct Lotterie- und Prämien-Anleihen beanspruchen, noch gar Privaten oder Corporationen das Recht zur Aufnahme solcher Anleihen ertheilen, eventuell Seitens der Volksvertretungen die verfassungsmäßige Genehmigung zu derartigeu Anleihen consequent versagen, und die Ertheilung betreffender Concessionen an Andere auf dem Wege der Gesetzgebung unmöglich gemacht werde,"
>
> muß er, unter Anwendung dieser Forderungen auf einen jetzt vorliegenden Fall, sich gegen die angeblich beabsichtigte Staatsgenehmigung zu der von der Köln-Mindener-, der Bergisch-Märkischen-, der Magdeburg-Halberstädter- und der Oberschlesischen-Eisenbahn-Gesellschaft zum Ausbau des von diesen Gesellschaften beherrschten Eisenbahnnetzes in Aussicht genommenen Prämien-Anleihe auf das Entschiedenste erklären.

Die Befolgung dieser Principien würden der Staatsverschwendung ein Ende machen, einer rationellen Steuerreform die Wege ebnen und die freihändlerischen Grundsätze verwirklichen helfen.

Dr. Wiß — Berlin kann unmöglich der entschiedenen Verurtheilung des Staatscredits durch den Referenten beipflichten, namentlich dürfe man nicht das von vornherein aussprechen, daß der Staat überhaupt auch zu Eisenbahnbauten keine Anleihen aufnehmen dürfe; Redner spricht namentlich sich zu Gunsten des Staats-Eisenbahnbaues aus. Eben so wenig befreundet sich Dr. Wiß mit der abstracten Verurtheilung des Privatcredits durch den Referenten.

Dr. Dietzel Marburg: — „Ich befinde mich auf diametral entgegengesetztem Standpunkt zu dem Referenten, der die eigentliche Frage unserer Tagesordnung: die Principien für die Aufnahme von Staatsanleihen, so gut wie gar nicht berührte und nur nach der Berechtigung der Staatsanlehen fragte. Ich erkenne die jetzige Principlosigkeit in der Aufnahme von Staatsanleihen an; das wird aber entschuldigt durch die Entwicklung des creditbedürftigen modernen Staats. — Der Kernpunkt der Frage ist der: die Grenzen der Anwendbarkeit des Staatscredits zu finden; er darf nur für ein gewisses Gebiet der Staatsaufwendungen zur Anwendung kommen. Nur, wo die Steuern nicht ausreichen, ist der Staatscredit gestattet. Einzel- und Staatswirthschaft haben dieselben wirthschaftlichen Grundlagen gemein, sie unterscheiden sich nur durch ihre Aufgaben und Zwecke; namentlich spielt bei der Staatswirthschaft der Capitalfactor eine viel bedeutsamere Rolle als der Arbeitsfactor. Es ist nun, wie ich behaupte, unstatthaft zu sagen: der Credit ist nur erlaubt für bestimmte, einzelne Staatsaufgaben, für andere

ist er es nicht. Der Staatszweck ist ein ganzer, untheilbarer und die Unterschiede zwischen productiven, consumtiven und gemischt productiven-consumtiven Aufgaben sind wissenschaftlich nicht mehr zu halten. Das Finanzwesen hat nun die Aufgabe, die Mittel für den Staat zu schaffen; der Staat aber hat 1. den Bestand des Volkes und Landes zu erhalten, 2. immer Ordnung zu halten, 3. für eine große Menge öffentliche Werke und Anstalten zu sorgen. Die Steuern nun sind unzureichend für die Erreichung für Erfüllung aller Staatszwecke; für außerordentliche Fälle muß man das Mittel der Anleihen anwenden und der Credit ist nicht als ein abnormes Verhältniß aufzufassen, wie der Referent that. Der Staat muß zu Kriegen z. B., zu Eisenbahnbauten u. s. w. große Capitalien rasch im Wege der Anleihen beschaffen können und die Aufbringung dieser Capitalien durch Steuern ist keine so leichte Sache, wie der Referent annahm. Verwerfen Sie die Resolutionen des Referenten, welche in vollem Widerspruch mit der finanziellen Entwickelung der modernen Staaten steht. Ich beantrage im Gegensatz dazu folgenden Antrag: „Die Benutzung des Staatscredits bildet einen nothwendigen Bestandtheil der geordneten Finanzwirthschaft, indem die Deckung eines durch außergewöhnliche Umstände herbeigeführten einmaligen außerordentlichen Staatsbedarfs nur auf diesem Wege in zweckmäßiger Weise erfolgen kann."

Es meldet sich Niemand zum Worte weiter; der Referent bedauert diesen Umstand im Eingang seines Schlußworts und wendet sich gegen einzelne Einwendungen Dietzels; namentlich bestreitet er die Unmöglichkeit Anleihen für Kriegszwecke durch Steuer aufzubringen; grade an dem Beispiel des englisch-napoleonischen Kriegs zeige sich, wie hier Steuern den Anleihen vorzuziehen gewesen wären. Daß er, Redner, kein Gegner des Privatcredits sei, bedürfe keines Nachweises; aber er behaupte die Unanwendbarkeit des Credits für die Staatsausgaben. Zum Schluß modificirt der Referent seinen Antrag dahin, daß er 1. folgenden Eingang faßt: Der Congreß erklärt unter ausdrücklicher Beschränkung auf die eigentlichen Staatsausgaben: Die Staats-Creditwirthschaft u. s. w. 2. daß er den Satz des 1. Alinea: „aber auch — vortheilhaften" streicht. In der Abstimmung wird jedoch sowohl dieser modificirte Antrag des Referenten als der obige des Prof. Dietzel abgelehnt, so daß aus dieser Berathung kein greifbares Resultat hervorgeht. 2. Punkt der Tagesordnung ist das Referat des Prof. Emminghaus über Prämien-Anleihen.

Ausgehend von den vom volkswirthschaftlichen Congreß zu Hannover gefaßten Beschlüssen, schlug Dr. Emminghaus folgende Resolution vor:

„Die Staats-Creditwirthschaft ist eine ungerechtfertigte und unnöthige Uebertragung einer nur in der Privatwirthschaft unerläßlichen, aber auch hier keineswegs an und für sich vortheilhaften Wirthschaftsart, welche sich lediglich als eine Consequenz des Privateigenthums darstellt.

„Dem Staate steht in der gesetzlich geregelten zwangsweisen Abgabenerhebung das geeignete Ersatzmittel für die Creditverwerthung in der Privatwirthschaft zur Verfügung.

Dieses Mittel reicht, wenn rationell geregelt, für alle vom politischen und wirthschaftlichen Gesichtspunkte zu rechtfertigenden Staatsaufwendungen vollkommen aus. Seine ausschließliche Benutzung belastet die Bevölkerung weniger, als die gemischte Steuer- und Creditwirthschaft.

„Weder der ordentliche noch der außerordentliche eigentliche Staatsaufwand darf mit Hilfe von fundirten Anlehen bestritten werden.

„In der Form der schwebenden Schuld der Creditverwerthung sich zu bedienen, ist nur insoweit zulässig, als die Technik der Staatsfinanz-, insbesondere Kassenverwaltung dies erfordert."

Der in Hannover gefaßte Beschluß, so energisch er war, hat nichts gefruchtet, er ist überhört worden; neuerdings soll nun seitens des preußischen Staates eine 100-Millionen-Prämienanleihe concessionirt werden. Es handelt sich um die Privilegirung der Berliner Disconto-Gesellschaft zum Ausbau des Eisenbahnnetzes. Diese kann nicht von denen selbst vertheidigt werden, welche Prämienanleihen für unstatthaft erklären. Man will diese allerunwirthschaftlichste Art aller Creditbenutzungen damit rechtfertigen, daß es ohne dieselbe unmöglich sein würde, das Eisenbahnnetz auszubauen. Man führt die jetzige üble Lage des Geldmarktes an, woselbst der solide preußische Credit nicht das nöthige Geld aufbringen könnte. Nun, die Eisenbahn-Directionen mögen sich unter die Conjuncturen des Marktes fügen, mögen sich helfen, wie sie können, aber nicht auf einem total unwirthschaftlichen Wege. Wunderbar gerade aber ist es, daß gerade die vier ältesten, mächtigsten und bestsituirten Eisenbahn-Gesellschaften diesen Weg betreten, von denen jede für sich eine große Macht repräsentirt. Was sollen denn die kleineren Gesellschaften machen, die doch auch existenzberechtigt sind und ohnehin die schwere Concurrenz mit den großen Bahnen zu ertragen haben? Die Folge wird sein, daß künftig Eisenbahn-Gesellschaften aller Art dieses Recht für sich in Anspruch nehmen. Man führt als Grund an: die eigentliche Masse der Bevölkerung wird nicht dadurch berührt; aber wo ist die Grenze zu setzen? Die kleinen Leute wollen dann eben so gut sich an einer Prämienanleihe mit kleinen Summen betheiligen, wie die großen Capitalisten mit großen. Meine Resolution, die ich Sie anzunehmen bitte, ist nur deshalb nicht so energisch ausgefallen, weil es sich noch nicht um eine — so viel wir wissen — abgeschlossene Thatsache handelt. (Bravo!)

Dr. Wolff (Stettin): Wenn der Congreß überhaupt eine unmittelbar praktische Thätigkeit ausüben will, so ist diese Frage ganz dazu geeignet. Wozu brauchen wir aber ohne Noth daran zu erinnern, daß wir in Hannover einen Beschluß faßten, der nicht beachtet wurde? Unser Beschluß war vielleicht nicht ganz richtig; von dem Standpunkte dieses Beschlusses aus ist die Lösung der Frage unmöglich. Es handelt sich jetzt nicht darum, Prämienanleihen überhaupt unmöglich zu machen, sondern darum, ob auf einem Markte, welcher bereits sehr reichlich mit derartigen Anleihen überschwemmt ist, gewisse andere Anleihen, die etwa noch hinzukommen möchten, zugelassen oder ausgeschlossen sein sollen. Wir haben die badensche, braunschweigische, baierische und Gothaer Bank-Creditanleihe, abgesehen von den vielen ausländischen Prämienanleihen. Braunschweig hat mit seiner Anleihe ein brillantes Geschäft gemacht in der Form einer gemeinen Lotterie und noch dazu, ohne dazu durch die Landesfinanzlage veranlaßt zu sein. Eben so verfuhr die Gothaer Creditbank und hat damit alle ähnlichen Banken genöthigt, dies Mittel zur Anwendung zu bringen. Das Publikum kauft lieber Prämienpapiere, das Publikum will einmal spielen. Es fragt sich blos, ob man denen, die bisher so klug waren, dies Mittel in Anwendung zu bringen, in Zukunft das ausschließliche Privilegium zur Ausbeutung des Geldmarktes gewähren will? Dem Wunsche des Referenten könnte man nur entsprechen, wenn die bisherigen norddeutschen Prämienanleihen rückgängig gemacht und die ausländischen von dem norddeutschen Geldmarkte ausgeschlossen werden könnten. Die Berliner Börse verdankt ihre Blüthe aber gerade der vollständigen Freiheit. Es giebt nur ein Mittel, um die jetzigen ungesunden Verhältnisse unmöglich zu machen: daß innerhalb des norddeutschen Bundes Jedem erlaubt wird, die Spielwuth auszubeuten, wie er will. (Sehr richtig!) Ich bin für die radikale Freiheit des Spiels. Dann erst hört das Spiel auf, ein rentables Geschäft zu sein. Ich erachte das Spiel nicht für absolut verwerflich. Ich danke für ein Leben in einer Welt, wo das Spielen überhaupt ausgeschlossen ist. (Bravo!) Ich stelle aber nicht einen Antrag, der dem des Herrn Referenten entgegengesetzt wäre, weil ein solcher nur den Spekulanten auf den jetzigen Privilegienzustand zu Gute kommen würde. Deshalb beantrage ich: der Congreß erklärt: „die Frage der Emittirung von Prämienanleihen bedarf dringend einer gesetzlichen Lösung, deren Hauptgesichtspunkt die Beseitigung jeden Privilegiums zu Gunsten einzelner Unternehmungen, sowie innerhalb des Norddeutschen Bundes zu Gunsten eines einzelnen Staates bildet." Ich sage: „gesetzliche" Regelung; denn ist es erhört, daß über ein solches Privilegium ein Minister entscheiden kann? Kann Etwas mehr die Autorität des Staats untergraben, als wenn ein einzelner Mann und nicht das Gesetz über solche Dinge entscheidet? (Sehr wahr!) Ich nehme auch den „einzelnen Staat" in den Antrag auf, damit nicht die einzelnen Raubstaaten innerhalb des Norddeutschen Bundes dieses System weiter verfolgen. Der Norddeutsche Bund muß die Competenz haben, die Ertheilung derartiger Privilegien seinen einzelnen Staaten zu entziehen. Hat der Bund diese Competenz nicht, so muß er sie sich nehmen, sonst untergräbt er seine Grundlagen! (Bravo!) Schließlich bemerke ich, daß, so lange Privilegien in Prämienanleihen bestehen, man dem Staat die Ausbeutung in erster Linie überlassen möge. (Beifall.)

Dr. Löwe-Calbe: Zwar bin ich überzeugt, daß die radikale Freiheit, als deren Anwalt Dr. Wolff auftrat, immer der Speer des Achilles ist, welcher die Wunden, die er schlägt, auch wieder heilt; doch erreicht Dr. Wolff mit seinem Antrag, wenn er ihn durchsetzte, nicht seinen Zweck. Er erreicht damit nur, daß er das Ziel, von dem er sagt, daß wir ihm Alle zustreben, etwas verhüllt und dem großen Publikum gegenüber sagt: Selbst der volkswirthschaftliche Congreß hat nicht auf seinen früheren Beschluß zurückkommen mögen, weil die Sache nicht so klar ist, und außerdem soll der Staat in erster Linie das Privilegium ausbeuten können. Wenn man unseren Beschluß für einen unfruchtbaren erklärt, wenn ihn der Staat auch nicht befolgt; warum soll sich denn eben der Congreß verhehlen, daß es eine Vergeudung des Volkswohlstandes und moralisch fehlerhaft ist, wenn der Staat und seine Protégés ein Privilegium ausbeuten und an die schlechten Leidenschaften appelliren? Wir brauchen uns nicht zu schämen, daß unsere Beschlüsse nicht gleich ins Leben treten. Aber haben wir denn kein Interesse, schon vorher die Beschwichtigung in die Welt zu bringen, daß das Sittengesetz jetzt verletzt werden soll? Haben wir ein praktisches Interesse, diese Beschwichtigung zu geben, dem Geldmarkt gegenüber. Unser Volk trägt so schon mehr Capitalmassen an die Börse, als man wünschen darf. Wir haben jetzt aber nicht zu sorgen, wie der Staat einmal diese Frage des Glücksspiels ordnen, ob er den Teufel mit Beelzebub oder mit der Polizei austreiben wird. Für mich bleibt Teufel Teufel und wir haben dies auszusprechen, daß Teufel Teufel, Unrecht Unrecht ist und bleibt. Hebt der Staat heute das Spiel in Wiesbaden auf, so darf er nicht morgen Prämienanleihen gestatten. Die großen Eisenbahngesellschaften haben jetzt so schon Privilegien und einen Löwenantheil vom Volkswohlstand, so daß wir ihnen nicht noch mehr Vortheile zuzuwenden brauchen. (Beifall.) Diesen Leuten ein solches Geschenk zu machen, ist nicht nur ein Unrecht, sondern, was noch schlimmer, eine Unklugheit. (Vielfaches Bravo!)

Bamberger: Die Sache ist nicht so monströs und unsittlich wie es nach Löwe scheint. Wir sehen im tagtäglichen Leben in allen Geschäften die Prämie verwirklicht und in völlig moralischer Weise z. B. Anleihen, die jährlich rückzahlbar sind durch Rückkauf oder Ausloosung, sind auch Prämien; jedes Darleihen, jede Auseinandersetzung über Zinsen enthält diese Prämie, denn der Zins ist nicht nur ein Entgelt für geleistete Dienste, sondern auch eine Assecuranzprämie. Jeder, der Geld ausleiht, spielt eine Art Lotterie. Man betrügt auch nicht, wie man sagt, mit Prämienanleihen das Publikum, denn man nimmt ihm auf der einen Seite so viel, als man ihm auf der andern giebt. In diesen in langen Jahren rückzahlbaren Anleihen ist dies nur ein ganz geringer Bruchtheil. Im vorliegenden Fall ist es ⅜—½ % per annum. Wir leben in einer praktischen Welt und müssen die theoretisch als richtig erkannten Grundsätze ins praktische Leben umsetzen. Uebrigens vergesse man nicht bei der Schilderung der Natur der Banquiers, daß die Welt den Banquiers gerade die Principien der Freiheit verdankt, welche der volkswirthschaftliche Congreß vertritt.

Prof. Böhmert erklärt sich entschieden gegen die Sanctionirung des Spiels und der Prämien-Anleihen. Die individuelle Freiheit, die Bamberger als praktische Theorie erkläre, führe zur Freiheit des Raubens und Plünderns. Spielen und Prämienanleihen erschlaffen den Menschen und verleiden ihm die Lust nach dem Gewinn, der aus der ehrlichen Arbeit erwächst. Die Arbeiter hassen am meisten diese willkürliche Macht des Staates, welcher den Banquiers übergroße Procente an den Hals wirft. Die Animosität der nichtbesitzenden Klasse gegen die Besitzenden wird durch diese Einrichtungen nur verstärkt und wir dürfen nicht dazu beitragen, indirect ein Votum für die Spielwuth abzugeben.

Dr. Faucher: Das Lotteriespiel ist ein Rechnen auf das Bedürfniß des Menschen: zu hoffen. Es befördert die Unterschlagungen in allen Lebenslagen; die Frau spielt heimlich aus dem Wirthschaftsgeld des Mannes, der Commis aus der Kasse des Principals, der Geschäftsmann aus dem Credit des Fabrikanten u. s. w. ¾ aller Lotterie-Loose werden bestritten aus unterschlagenen Geldern. In Prämienanleihen ist dies aber anders; hier wird gespielt mit Zinsen, die man erspart haben muß. Die Hilfe aus dem jetzigen Zustande liegt entweder in der vollständigen Freilassung oder in dem absoluten Verbot. Eine Prämienanleihe wird bald nicht mehr reizen als eine gewöhnliche Anleihe. Wir müssen die Prämienanleihen zulassen als ein Uebergangsstadium, das man in England und Amerika bereits durchgemacht hat, das wir aber noch durchmachen müssen. Da wir jetzt nur die Wahl haben, die Spielwuth, diese unleugbar vorhandene Schwäche unseres Volkes, ausgebeutet zu sehen durch einseitige Ansichten und Interessen, so werden wir es aussprechen müssen, daß es besser ist, durch die Schrecken dieses Ueberganges zu gehen und die Aufnahme von Prämien-Anleihen freizulassen.

Dr. Pfeiffer und Weber stellen mehrere Anträge.

Es folgt die Abstimmung; in derselben wird die Resolution des Dr. Emminghaus, welche derselbe noch mit einem Proteste gegen die in der Prämienanleihe liegende willkürliche Privilegirung großer Capitalien versehen hatte, mit 30 gegen 27 Stimmen abgelehnt und dafür folgender Antrag des Herrn Weber zum Beschluß erhoben: „der Congreß erklärt, daß die Zulassung ausländischer Prämien- und Lotterie-Anleihen dringend der Regelung durch eine gemeinsame deutsche Gesetzgebung bedarf, welche vor Allem die Möglichkeit der Privilegirung einzelner Unternehmungen ausschließen muß." Diesem Beschlusse giebt man noch nach Pfeiffer's Antrag folgenden Eingang: „Im Hinblick auf die eben jetzt von einigen preußischen Eisenbahngesellschaften beabsichtigte Eisenbahnprämienanleihe erklärt der Congreß, daß 2c. 2c. wie oben."

Mainz, 4. Sept. In der heutigen Sitzung des volkswirthschaftlichen Congresses referirte Braun über die Haftbarkeit industrieller Unternehmer für die durch den Betrieb herbeigeführten Unfälle und beantragte eine Reform der gegenwärtigen deutschen Gesetzgebung auf diesem Gebiete.

Würzburg, 3. Sept. [Lehrerversammlung. — Strike. — Judenhetze.] Trotz der Abwesenheit der Garnison und der Studentenschaft herrscht ein sehr reges Leben in Folge der tagenden baierischen Lehrerversammlung. Dieselbe zählt nahebei 1900 Theilnehmer, und, was bei dergleichen germanischen Actionen eine Hauptsache, das Programm enthält beiläufig ¼ Pädagogik, und ¾ geselliges Vergnügen. Manchem ausgehungerten Dorfschulmeister werden die Fleischtöpfe Egyptens nebst den edlen Frankenweinen und reizenden Wirthschaftsgärten noch lange in guter Erinnerung bleiben. — Ein zweiter, weniger anmuthiger Factor der momentanen Bewegung ist die theilweise Arbeitseinstellung der Maurer, Zimmerleute und Cigarrenarbeiter; endlich spukt auch noch die Judenhetze; eine nächtliche Zusammenrottung auf dem Hofplatz, welche nichts Gutes im Schilde führte, wurde durch eine Militärpatrouille auseinander getrieben. Bisher hielt man die Sache für den frivolen Witz einiger weniger Judenhasser und sind auch zwei hiesige Einwohner, darunter ein Winkelagent, zur Untersuchung gezogen. Viele Juden aber nahmen die Drohbriefe gleich anfangs für Ernst, und schafften Weib und Kind für die Dauer des Schweinfurter Lagers nach anderen Orten. (Zukunft.)

Baden, 4. Sept. [Orleanisten-Congreß] Hier ist jetzt ein vollständiger Orleanisten-Congreß versammelt, nur der Herzog von Nemours weilt in Carlsbad, mit welchem eifrigst correspondirt wird. In diesen über Napoleons Verhältnisse auf das Sorgsamste unterrichteten Kreisen hat man ganz zweifellose Nachrichten, daß das Leiden des Kaisers (Prostata-Leiden, chronischer Blasencatarrh und Stricturen) wohl schmerzlich aber ungefährlich sei. (Allg. Bad. Ztg.)

Heidelberg, 2. Sept. [Eine beabsichtigte Consultation.] Aus guter Quelle hört die „Karlsr. Z.", daß am letzten Donnerstag von Seiten des Kaisers Napoleon III. eine Berufung zu einer ärztlichen Consultation an Hrn. Professor v. Chelius Sohn dahier gelangt war, jedoch wegen der alsbald eingetretenen Besserung am nächsten Tage die Abbestellung eintraf.

Oesterreich.

Wien, 4. Septbr. [Diplomatisches.] Die „Presse" enthält folgendes Privattelegramm aus Konstantinopel: Die Botschafter Oesterreichs, Frankreichs und Englands sollen gemeinsam und in besonderem Auftrage dem Großvezier eindringliche Vorstellungen über die Nothwendigkeit, den Egypten betreffenden Ferman von 1841 aufrecht zu erhalten, gemacht haben. (T. B. f. N.)

Prag, 4. September. [Hußfeier.] Die heute hier stattgehabte Hußfeier hatte mehr einen andideutschen als anticlericalen Charakter; viele Russen und Südslaven, auch Engländer und Franzosen waren anwesend. (T. B. f. N.)

Brünn, 3. Sept. [Zur Josephsfeier in Slawikowitz] berichtet man der Grazer „Tagespost" von hier: Der Held des Tages war Dr. Giskra. Als ihn das Volk stürmisch verlangte, hielt er eine Ansprache, welche zündend wirkte. Neben ihm stand eine bekannte Brünner Straßenfigur, der Friseur Blumenthal. Als Giskra geendet hat, klopfte ihm der Friseur auf die Schultern und rief begeistert: „Hoch das Bürgerministerium!" Minister Dr. Giskra wendet sich um, und als er den Friseur erblickte, sagte er: „Grüß' Gott, Blumenthal, wie geht's". Einer der slavischen Bauern fragte seinen Nachbar, als gerade einige Notabilitäten vorübergingen, welcher denn der Giskra sei. Minister Giskra, der wohl etwas slavisch, aber nicht geläufig spricht, und die Frage des Bauern hörte, sagte schnell: Ja jsem ten zatraceny Doctor (Ich bin der verfluchte Doctor), worüber der Bauer ganz verdutzt war.

Frankreich.

* **Paris**, 2. Septbr. [Ueber die gestrige Senatssitzung] schreibt man der „N. Z." von hier Folgendes:

Die Generaldebatte im Senat war drei Stunden hindurch eben so trocken, langweilig und farblos gewesen, wie der Bericht des Hrn. Devienne, als, nachdem bereits die ganze Liste der eingeschriebenen Redner erschöpft war, der Prinz Napoleon sie durch eine Rede auf ein vollkommen neues Gebiet übertrug und Leben und Bewegung in dieselbe brachte. Von den beiden Rednern, welche gegen den Entwurf sprachen, den Herrn Boulay de la Meurthe und General Graf de la Rue, Ober-Commandant des Gendarmeriecorps, läßt sich nur das Eine sagen, daß ihre Vorträge eben so arm an Gründen wie reich an Klagen und Unheilsprophezeiungen waren. Was sie sagten, ist schon hundertmal durch die reactionären Preßorgane besser, einschneidender und treffender gesagt worden und, zugegeben, daß der Staatswagen sich auf der schiefen Ebene des Herrn Rouher befinde, vermochte keiner der beiden Herren, ein plausibles Mittel anzudeuten, wie derselbe in seinem Rollen aufgehalten werden könne. Hätte nicht Herr Boulay de la Meurthe die neue Doctrin aufgestellt, daß ein persönliches Regiment eigentlich nie bestanden habe, weil die Verfassung von 1852 ja besage: „Der Kaiser regiert mit Unterstützung des Staatsrathes, des Senats und des gesetzgebenden Körpers" und hätte nicht der vierundsiebenzigjährige Graf de la Rue den Wunsch ausgesprochen, daß die Nachbarstaaten England, Belgien und die Schweiz der gefährlichen Associationsfreiheit ein Ende machen möchten, so wüßte ich nicht, was aus den Reden der Beiden besonders hervorzuheben wäre. Auch die Reden der Herren Quentin-Bauchard und Monnier de la Sizeranne zu Gunsten der Vorlage entbehrten in anerkennenswerther Weise aller neuen oder weiten Gesichtspunkte. Der Erstere der Beiden machte aus der Noth eine Tugend und begründete seine Uebereinstimmung mit dem Entwurf des Senatsconsults auf die unbestreitbare Wahrheit, daß die öffentliche Meinung eine Abänderung der bisherigen Verfassung gewünscht habe, bezeichnete jedoch, wie Devienne's Bericht, die gegenwärtige Zusammensetzung des Senats als ein Palladium, an welches man nicht rühren dürfe, ohne den Staat den größten Gefahren auszusetzen. Der Graf Monnier de la Sizeranne seinerseits wies in wohlwollender Weise und halb entschuldigendem Tone nach, daß weder die Ministerverantwortlichkeit, noch der parlamentarische Mechanismus so große Uebel seien, wie ihre Gegner behaupteten. Nach einigen unbedeutenden Worten des Herrn Larabit fand sich die Liste der eingeschriebenen Redner erschöpft, da die noch zur Theilnahme an der Debatte vorgemerkten Herren de Laguerronniere und Sainte Beuve sich nicht auf ihren Plätzen befanden, und die Discussion drohte geschlossen zu werden, als der Prinz Napoleon das Wort verlangte, worauf sofort allgemeine Spannung in der Versammlung eintrat. Die Rede des Prinzen ist ein wahres Manifest und bezeichnet richtiger, als irgend ein anderes Document es bisher gethan, was die liberale öffentliche Meinung an dem Decretentwurf zu loben und zu tadeln findet und was sie noch weiter erstrebt. Der Prinz hat sowohl seine ehemaligen schroffen Manieren, wie die demagogische Phraseologie, in der er sich früher gefiel, abgelegt, und dafür die Alluren eines constitutionellen Staatsmannes angenommen, wodurch er es erzielte, daß sein Auditorium ihn in stiller Verzweiflung und Resignation anhörte. Trotz der milden Form jedoch klingen einige seiner Sätze fast unglaublich und auf alle Fälle sind sie nur in Frankreich möglich. So gleich im Anfang die Versicherung, „daß er nicht allein dem Kaiser, sondern auch seinem Sohne treu ergeben sei" und daß „seine (des ersten Agnaten) Neigungen unauflöslich mit dem Kaiserreich verknüpft seien". Louis Philipp als Herzog von Orleans selbst, an dessen Person das Verhalten des Prinzen einigermaßen erinnert, hat es nie für nothwendig gehalten, eine solche Erklärung abzugeben. Im weiteren Verlaufe seiner Bemerkungen vernichtete der Prinz rücksichtslos und mit einer Offenheit, die sich kein Anderer hätte erlauben dürfen, so manche der Fictionen, auf denen bisher das Staatsgebäude beruhte, wie z. B. die von der Verantwortlichkeit des Souveräns und von den Plebisciten. Er bezeichnete die erstere als „in den Wolken schwebend", „erhaben aber ungreifbar" und „im Interesse des Souveräns liegend", und sagte über die letzteren, „daß sie von der Demokratie nur den Anschein hätten". Daß seine Rede auf die Senatoren den allerübelsten Eindruck machte, wie wenn sie zur Schlachtbank geführt werden sollten, ist leicht begreiflich. Hätten sie es gewagt, sie würden gewißlich den Prinzen ausgepfiffen haben. — Herr Rouher war augenscheinlich von dem Wunsche beseelt, selbst den mäßigen Dämpfer auf die Rede des Prinzen zu setzen und bestrebte sich, zu dem Zweck eine Vertagung der Sitzung auf den folgenden Tag zu erzielen. Aber die Senatoren hatten von den Ministern ein Stichwort erhalten und wollten von der Vertagung nichts hören. Besser wie Herr Forcade de la Roquette würde Herr Rouher seine Sache gewiß gemacht haben, denn jener wußte nichts anderes zu sagen, als daß Uebereile in der Politik ein Uebel sei und daß er selbst sich nicht herbeilassen werde, das Programm des Prinzen durchzuführen. Das Letztere ist seine Sache. Wenn Herr Forcade aber nicht den Senat, sondern die Nation befragen wollte, so würde er inne werden, wer die meisten Sympathien besitzt, er oder der Prinz, welcher es ausgesprochen hat, daß der Senatsconsult nicht den Abschluß aller Reformen, sondern nur die Einleitung zu neuen darstellt.

[Die heutige Sitzung des Senats] hat um 2 Uhr begonnen. Der Prinz Napoleon, welcher heute Vormittag zum Kaiser nach St. Cloud gefahren, wohnte der Sitzung bei; fast alle Senatoren waren erschienen.. Gleich zu Anfang nahm Hr. Segur d'Aguesseau das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und kritisirte die gestrige Rede des Prinzen mit großer Heftigkeit, obwohl er vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er sich nicht an die persönliche Bemerkung halte. Das Wort „scandalös", welches Segur d'Aguesseau dabei auf den Prinzen Napoleon in Anwendung brachte gab zu stürmischen Scenen Anlaß. Der Prinz ließ sich gegen Segur heftig aus, während andere Senatoren denselben energisch interpellirten. Segur hielt seinen Ausdruck aufrecht und wollte ihn erklären. Rouher entgegnete ihm aber, daß das, was er vorbringt, nichts mit der persönlichen Thatsache gemein habe, über die er habe sprechen wollen. Segur redete in Folge dieser Bemerkung nicht weiter. Devienne hielt hierauf eine längere Rede, um dem Prinzen Napoleon zu antworten, der ihm vorgeworfen, er habe nicht von den ruhmreichen Thaten des zweiten Kaiserreiches gesprochen. Michel Chevalier sprach hierauf zu Gunsten des Projectes. Die Versammlung war aber sehr theilnahmlos. Nach ihm sprachen noch de Maupas und Brenier zu Gunsten des Projectes. Die allgemeine Discussion wurde hierauf geschlossen und die vier ersten Artikel angenommen. Nur der zweite Paragraph des vierten Artikels wurde reformirt. Die Sitzung wurde um 5 Uhr geschlossen.

[Vom Hofe] Der hiesige Correspondent des „Nord" macht auf einen kleinen Kniff in den officiellen und officiösen Berichten über das Befinden des Kaisers aufmerksam. Da heißt es z. B., der Kaiser sei heute früh „ausgegangen", habe in der Kastanienallee „promenirt" 2c.; aber richtiger wäre es, wenn man gesagt hätte: er ist im Rollstuhle ins Freie gefahren und hat im Rollstuhle promenirt. — Aus Toulon vom 2. d. Mts., 7 Uhr Morgens, wird Folgendes gemeldet: „Die Kaiserin besuchte gestern alle Schiffe der Flotte. Der Admiral Jurien de la Gravière hielt eine Ansprache an die Kaiserin. Des Abends war großes Diner an Bord des „Aigle". Wir verlassen Toulon in einigen Augenblicken, um nach Chambery abzureisen. Die Reise war äußerst ermüdend, wir kommen heute Abend um 5 Uhr in Chambery an und gehen morgen um 12 Uhr nach Paris ab." Weder die Morgen- noch die Abend-Ausgabe des officiellen Blattes enthalten etwas über die Reise der Kaiserin oder die Gesundheit des Kaisers.

[Erzbischof Darbois.] Der „Gaulois" will wissen, daß der Papst endlich den Cardinalshut für den Erzbischof von Paris zugesagt hat. Msgr. Darbois würde noch vor dem 8. December, dem Tage der Eröffnung des Concils, mit dem Purpur geschmückt werden.

[Ledru Rollin] hat seinen Vorsatz, nach Frankreich zurückzukehren, nicht aufgegeben, sondern nur bis nach dem Schlusse der eben angebrochenen Gerichtsferien verschoben, da er nicht unnöthiger Weise sechs Wochen lang in Gefangenschaft warten will, daß sein Proceß

wegen Theilnahme an einem Complot gegen das Leben des Staatsoberhauptes wieder aufgenommen wird.

Großbritannien.

E. C. London, 2. Sept. [Die großen Herbstübungen der preußischen Armee] erregen hier bedeutende Aufmerksamkeit und um so größeres Interesse, als man namentlich seit Bewaffnung des Heeres mit Hinterladern manche Einrichtungen der preußischen Armee geprüft und neuerdings auch das bei größeren preußischen Felddienstübungen zweier Abtheilungen gegeneinander befolgte System adoptirt hat. Die englische Uniform ist im preußischen Stabe jetzt stattlich vertreten, denn neben General Sir W. Codrington sind noch etwa ein Dutzend anderer Offiziere, größtentheils Stabsoffiziere, nach dem Manöverschauplatz aufgebrochen, unter welchen sich mehrere befinden, die als Fachschriftsteller in militärischen Kreisen und auch unter einem weiteren Publikum bekannt sind. Der „Times" gehen aus einer gewandten Feder, die diesen Stoff vollkommen beherrscht, längere nnd eingehende Mittheilungen über den Fortgang der Uebungen zu. Im Allgemeinen beschränken sich dieselben auf einen klaren, gedrängten Bericht, allein gelegentlich läßt sich der Correspondent auch vom Standpunkte des Kritikers vernehmen. Ueber die Armee im Allgemeinen und ihre heutige Verfassung äußert er sich unter Anderem folgendermaßen:

Es ist wirklich wunderbar, die Fortschritte zu sehen, welche das preußische Heer seit 1866 gemacht hat. Die damals gemachten Erfahrungen sind augenscheinlich für die preußischen Heerführer nicht verloren gegangen. Weit entfernt vielmehr von dem Gedanken, daß der Erfolg eine Garantie der Vollkommenheit sei, sind sie eifrig bemüht gewesen, die Fehler ihres Heerwesens hervorzusuchen und zu verbessern, und man muß es anerkennen, ihre Anstrengungen in dieser Richtung sind mit Erfolg gekrönt worden. Man könnte vielleicht einwenden, es sei nicht ganz unparteiisch, das dritte Armeecorps als Muster dessen hervorzuziehen, was die ganze preußische Armee sei, indem jenes Corps von einem Prinzen commandirt wird, der selbst bei Friedensübungen unter den Vorposten auf Stroh schläft, der als ein hervorragender Offizier bekannt ist und drei Mal mit gutem Erfolg eine Armee vor dem Feinde dirigirt hat; allein selbst mit solchen Vortheilen kann das dritte Armeecorps den übrigen Heerestheilen nicht soweit überlegen sein. Die Cavallerie, welche mit Mannschaften recrutirt ist, die von Kindesbeinen an die wilden Pferde in den Ebenen von Westpreußen getummelt, geht über Hindernisse in einer Weise, welche die Bewunderung und den Neid der berittenen Corps einer Nation erregen muß, die den Ruhm ihrer Reitergeschicklichkeit als Erbstück betrachtet. Der Infanterist trägt seinen schweren Tornister und marschirt unter einer Last von im Ganzen 60 Pfund nicht nur während dieser Uebungen täglich viele Meilen zum Sammelplatz, sondern betheiligt sich auch dabei an diesen Manöverkämpfen und rennt über durchschnittenes Terrain, Sturzacker und Kartoffelfelder in einer Weise, welche den fremden Zuschauer mit Ueberraschung erfüllt. Dabei sieht man niemals Nachzügler und nach einer verlorenen Schlacht oder einem gefährlichen Rückzuge macht man den Soldaten mit Spaten und Schaufel bereit die Schwäche an Zahl aufzuwiegen und durch taktische Geschicklichkeit die Vortheile wiederzugewinnen, welche ihm durch die Ueberzahl entrungen wurden. Allein obschon die Preußen sich für gute Soldaten ansehen, so ruhen sie doch darum nicht auf ihren Lorbeeren, sondern suchen täglich und stündlich sich weiter zu vervollkommnen. Keine Mühe wird gespart, die Erfahrungen der größten wie der kleinsten Nation werden benutzt, um etwas Nützliches zu lernen, und vom Prinzen bis herab zum Gemeinen strebt jeder seine militärische Tauglichkeit täglich zu vermehren. Der König geht mit gutem Beispiele voran. Es ist in der That eine wunderbare Armee."

Auch der „Daily Telegraph" läßt sich von einem Berichterstatter, der sich übrigens als Laie zu erkennen giebt, über die preußische Armee schreiben. In einem Leitartikel über denselben Gegenstand erinnert der „Telegraph" seine Leser daran, daß die Herbstübungen nicht etwa als etwas Außergewöhnliches, als ein Gegenstück gegen Chalons, oder als eine Illustration zu dem Depeschenkriege zwischen dem Wiener und Berliner Cabinet zu betrachten seien. Vielmehr seien derartige Manöver eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung und es liege in diesen Uebungen nicht nur keine Drohung, sondern es sei sogar zu hoffen, daß nachdem der Ton zwischen beiden Regierungen so viel milder geworden, Preußen im Gefühle seiner Stärke sich weniger leicht verleiten lassen werde, den Frieden zu stören und mehr Neigung zeigen werde, anderen Mächten bei Aufrechterhaltung der internationalen Ruhe behilflich zu sein.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 2. September. [Unter den Bedingungen], welche der Brief des Großveziers an den Vicekönig von Egypten enthält, befindet sich auch die, daß er keine weiteren Anleihen in Europa ohne Genehmigung der kaiserlichen Regierung contrahiren dürfe. — Man erfährt jetzt, daß die gütliche Beilegung der Frage hauptsächlich durch die guten Dienste Englands, Frankreichs und Oesterreichs bewirkt worden ist. (Vergl. Wien.) Bei den ersten Vorstellungen des englischen und französischen Botschafters hatte sich der österreichische Botschafter, Freiherr von Prokesch-Osten, nicht betheiligt; er schloß sich ihnen erst in Folge neuer Instructionen an, welche er nach einem Meinungsaustausch zwisen den Cabinetten von Wien und Paris erhielt. — Die „Levant-Times" sagt, der Vice-König werde nächstens zum Besuche nach Konstantinopel kommen, und in derselben Weise wie bei seinem früheren Besuche empfangen werden. — In officiellen Kreisen behauptet man, der von Daud Pascha mitgebrachte neue Entwurf zu einem Vertrage wegen der rumelischen Eisenbahnen sei vom Ministerrathe genehmigt und bedürfe nur noch der Unterschrift des Sultans. (T. B. f. N.)

Bukarest, 4. Sept. Der belgische Generalconsul Pietteurs ist zum ersten Gesandtschafts-Secretär in Berlin ernannt und hat derselbe bereits Bukarest verlassen. Der griechische General-Consul Manos ist hier eingetroffen. (W. T. B.)

Provinzial-Zeitung.

** **Breslau**, 6. Sept. [W. Friedenthal †.] Unsere Commune hat schon wieder einen wackeren, verdienten Bürger verloren. Gestern Morgen 5 Uhr starb nämlich nach langen Leiden der Stadtälteste Herr Dr. jur. Wilhelm Friedenthal im 64sten Lebensjahre.

Breslau, 6. Sept. Angekommen: Se. Durchl. Fürst v. Hatzfeld-Schönstein aus Trachenberg. v. Schmehling, Oberst u. Regts.-Commandeur, aus Görlitz. v. Szymonnwicz, Wirkl. Geh. Rath u. Mitglied des Herrenhauses, aus Wien. Excellenz v. Lützow, Rittergutsbes. nebst Fam., aus Bankwitz.

[Versuchter Selbstmord.] Am 3. d. M. in der 8. Stunde stürzte sich die 13 Jahre alte Tochter des Bahnarbeiters B. aus dem Fenster der auf der Friedrich-Carlsstraße im 3. Stock belegenen elterlichen Wohnung in den Hof hinab, um muthmaßlich ihrem Leben ein Ende zu machen, da sie kurz vorher in demselben Hause bei Verübung eines Gelddiebstahls betroffen worden sein soll. Dieselbe hat sich indeß nach Aussage des Arztes nur eine Rückenmarks-Erschütterung zugezogen und wird im elterlichen Hause ärztlich behandelt. (Fremdenbl.)

---

§—§ **Breslau**, 4. Septbr. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] Die gestern Abend im Café restaurant abgehaltene Sitzung wurde in Abwesenheit des durch eine Reise verhinderten Vorsitzenden, Herrn Dr. Stein, von Herrn Dr. Eger geleitet. Derselbe theilt mit, daß aus demselben Grunde auch der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die Schulfrage, abgesetzt werden müsse. An Stelle desselben, wie vorgeschlagen, eine Besprechung über „das Wasserhebewerk" eintreten zu lassen, halte er für unthunlich, da doch auch für diesen Gegenstand ein mit der Sache vertrauter Referent erforderlich sei. Herr Dr. Eger ging daher sofort zu dem von ihm angekündigten Vortrage „über Humboldt" über, in welchem er zuvörderst in gedrängten Umrissen die Bedeutung Humboldts für alle Zweige der Wissenschaft darlegte und sodann eine Schilderung seines Lebens gab. — Trotz der vorgerückten Zeit — Herr Dr. Eger hatte über 1½ Stunden unter größter Aufmerksamkeit der Anwesenden gesprochen — folgte noch die Beantwortung der Einlagen des Fragekastens. Die eine derselben regte die Betheiligung des Vereins an dem Festzuge bei der Humboldtsfeier an. Der Verein hält eine Betheiligung für wünschenswerth und wird der Vorstand über die Art und Weise das Nähere festsetzen. Die übrigen Fragen bleiben einer späteren Besprechung vorbehalten.

≅ **Breslau**, 4. September. [Schwurgericht.] Am Abend des 26. Mai 1868 wurden einem Bauergutsbesitzer in Goschütz von dessen beiden Knechten einige Bündel Heu entwendet, welche dem Halbbauer Guschok gegen Zahlung einer geringen Summe überliefert wurden. Da der Diebstahl bald wahrgenommen wurde und die Spuren des fortgetragenen Heues mit Leichtigkeit erkennen ließen, wohin dasselbe gebracht war, so wurde alsbald gegen die beiden Knechte als Diebe und gegen Guschok als Hehler vorgegangen. Bei seiner Vernehmung durch einen Gensdarmen gestand Guschok die ihm zur Last gelegte Hehlerei zu und erklärte sich, um einer gerichtlichen Verfolgung zu entgehen, sogar bereit, den Werth des unrechtmäßig erworbenen Gutes dem Eigenthümer zu zahlen. Diesem Ansinnen konnte natürlich nicht Statt gegeben werden und wurde vielmehr von dem Kreisgerichte zu Poln.-Wartenberg die Untersuchung wegen einfacher Hehlerei gegen Guschok eingeleitet. Im Laufe dieser Untersuchung schien der letztere sich aber eines anderen zu besinnen und das abgelegte Geständniß zu bereuen; denn er reichte plötzlich zu den Untersuchungsacten ein von seiner Hand unterschriebenes Gesuch ein, worin er bat den Schneidermeister Friedrich Grebasch und den Sattlermeister Gottfried Keinert als Zeugen zu vernehmen, welche bekunden würden, daß er sich in der Nacht vom 26. zum 27. Mai nicht in seiner Behausung befunden, vielmehr in vollständig betrunkenem Zustande vor der Hausthür des in Goschütz ansäßigen Grebasch übernachtet habe. In der That leistete der letztere den Zeugeneid dahin ab, daß er an einem Abende am Ende des Monats Mai mit Guschok, welcher sinnlos betrunken war, aus der Schenke nach Hause gegangen sei. Vor seiner Behausung angelangt, habe er, da Guschok unfähig gewesen weiter zu gehen, es zugegeben, daß derselbe sich vor seiner Hausthür zum Schlafen niederlegte. Ob derselbe jedoch die ganze Nacht dagelegen habe, wisse er nicht, da er sich selbst bald zu Bette begeben habe. Als Ergänzung dieser etwas unbestimmten Aussage beschwor der andere Zeuge, der Sattlermeister Keinert, daß er am Morgen des 27. Mai, als er zu Grebasch ging, um von diesem eine Wohnung zu miethen, den Guschok sich von dem Hause des Grebasch entfernen gesehen habe. Auf sein Befragen habe ihm dann Grebasch die obigen Angaben gemacht. Des Datums erinnere er sich deswegen so genau, weil er dasselbe bei Aufnotirung des dem Grebasch für die gemiethete Wohnung gegebenen Draufgeldes genau vermerkt habe. Durch Vereinigung dieser beiden Aussagen war der Alibibeweis als geführt erachtet, und Guschok von der Anklage der Hehlerei freigesprochen worden. — Somit wäre die Sache abgethan gewesen, wenn nicht später Guschok selbst das Gewissen gerührt hätte. Er gab der Wahrheit die Ehre und bekannte, daß er sich in der That der Hehlerei schuldig gemacht und sich in jener Nacht wirklich zu Hause befunden habe. Grebasch und Keinert, denen er damals seine Furcht vor der zu erwartenden Strafe mitgetheilt, haben sich angeboten, ihm durch ihr Zeugniß durchzuhelfen; nur sollte er vor Gericht Alles leugen und beharrlich behaupten, er sei in der Nacht der Verübung des Diebstahls sinnlos betrunken gewesen. Grebasch habe alsdann das obenbezeichnete Schriftstück an das Kreisgericht zu Polnisch-Wartenberg angefertigt, habe es von ihm unterzeichnen und durch ein Dienstmädchen auf die Post bringen lassen. Für das abgelegte falsche Zeugniß habe er Grebasch 1½ Thlr. geben müssen; Keinert habe er durch Erlassen eines Thalers einer Schuldforderung für seine Mühe bezahlt gemacht. — Es wurde demnach gegen die beiden Zeugen Grebasch und Keinert die Untersuchung eröffnet, und Beide standen heute unter der Anklage des wissentlichen Meineids vor den Geschworenen. Beide leugneten das ihnen zur Last gelegte Verbrechen begangen zu haben, und blieben auch heut bei ihren, beim Kreis-Gericht zu Poln.-Wartenberg beeideten Aussagen stehen. Grebasch behauptet sogar im Gegentheil, von Guschok aufgefordert worden zu sein, wider sein besseres Wissen eine bestimmtere Aussage zu machen, als er mit gutem Gewissen habe thun können. Im Uebrigen begnügten sich beide Angeklagte damit, alle von den Zeugen angegebenen Thatsachen, welche zu ihren Ungunsten dienten, einfach als Unwahrheiten zu bezeichnen. — Die Bezüchtigung des Guschok wurde noch bekräftigt durch die Zeugenaussage einer Mitbewohnerin des dem Grebach gehörigen Hauses, welche bekundete, daß sie durch eine offene Thür eine Unterredung zwischen Guschok und den beiden Angeklagten mit angehört habe, worin diese den ersteren wegen seiner Furcht beruhigten und ihm riethen, vor Gericht nur Alles zu leugnen. Da sie jedoch erst im Laufe der Unterredung hinzugekommen war, so wußte sie nicht anzugeben, ob Guschok die Angeklagten um Ableistung der Entlastungseide angegangen oder die letzteren sich selbst dazu angeboten hätten. Ferner hatte sich Grebasch an verschiedenen Orten, wie von mehreren Zeugen ausgesagt wurde, dahin geäußert, daß Guschok ihm Geld schuldig sei, weil er nur durch seine Aussage vom Gefängniß gerettet worden sei. Auch erschien der übrige Lebenswandel der Angeklagten, welche Beide schon mehrfach wegen Betrugs bestraft sind, keineswegs in einem Lichte, daß man die ihnen zur Last gelegte That denselben nicht zutrauen könnte. Vielmehr stellte sich im Laufe der Verhandlung heraus, daß dieselben auch in anderen Processen sich gern mit ihrem Zeugnisse unterstützen, ja daß sogar Grebasch den Keinert, wie ein Zeuge nach einer gegen ihn gemachten Aeußerung des ersteren bekundete, eine Zeit lang in seinem Hause umsonst wohnen ließ, weil derselbe zu seinen Gunsten in einem die Summe von 100 Thlrn. betreffenden Processe ein Zeugniß ablegen sollte. — Nach diesem Allen wäre die Lage der Angeklagten eine sehr bedenkliche gewesen, wenn nicht der Hauptbelastungszeuge Guschok einen äußerst ungünstigen Eindruck während der heutigen Verhandlung gemacht hätte. Schon bei der Beantwortung der Generalfragen zeigte er, daß er von seinem eigenen Thun nur eine unklare Vorstellung hat, da er mit großer Mühe dazu gebracht werden konnte, mehrere Vorstrafen, welche ihm aus seinen Acten nachgewiesen wurden, anzuerkennen. Noch schwieriger war es, sich mit ihm im Laufe der weiteren eigentlichen Vernehmung zu verständigen. Wenn er auch im Allgemeinen bei den oben angegebenen Behauptungen stehen blieb, so mußte er doch heute zugeben daß er in der That eine Nacht vor der Thür des Grebasch zugebracht hat. Zwar meinte er, daß dies lange vor dem Heudiebstahl gewesen sei; doch konnte in dieser Hinsicht auf sein Gedächtniß füglich nur wenig gegeben werden, da die Zustände von sinnloser Betrunkenheit, bei dem Manne nach den Aussagen mehrerer Zeugen nicht gerade zu den Seltenheiten gehören. Da demnach trotz aller übrigen Verdachtsmomente die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erschien, daß die von den Angeklagten eidlich bekräftigte Angabe eine richtige sei, wenigstens das Gegentheil davon nicht bewiesen war, so konnten die Geschworenen die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten nicht gewinnen und sprachen das „Nichtschuldig" über dieselben aus, worauf ihre Freisprechung erfolgte. — Demnächst betrat die Anklagebank der Tagearbeiter Gottlieb Saffer aus Melochwitz, Kreis Militch, unter der Anklage der Brandstiftung. — In der Nacht zum 20. Juni 1869 entstand in dem Dorfe Melochwitz bei dem Stellenbesitzer Saffer auf dem Dache seiner Besitzung Feuer, welches, wenn es nicht frühzeitig entdeckt worden, geeignet gewesen wäre, nicht nur die Saffersche Besitzung, sondern auch mehrere in der Nähe befindlichen Häuser, ja sogar bei der herrschenden Windrichtung das ganze Dorf auf's Aeußerste zu gefährden. Der Verdacht, das Feuer angelegt zu haben, lenkte sich sofort auf den Angeklagten, den Neffen des Besitzer des gefährdeten Hauses, welcher mit den Töchtern des Letzteren seit längerer Zeit in Streit lebte und zuletzt sogar mit denselben in einen Injurienproceß, in welchem binnen Kurzem ein Termin anstand, verwickelt war; und zwar mußte der Verdacht um so dringender sein, als der Angeklagte am Abend vor dem Ausbruch des Feuers zu mehreren Bekannten, mit denen er aus Militsch von der Arbeit zurückkehrte, geäußert hatte, „bevor der Termin herankäme, würde seinem Onkel und seinen Cousinen noch etwas passiren." Es wurde deshalb sofort auf den muthmaßlichen Brandstifter Jagd gemacht, und schon am folgenden Morgen wurde Saffer in einem Gebüsch, in welchem er aus Furcht vor der Ergreifung übernachtet hatte, festgenommen. Vor dem Kreisgericht zu Militsch legte der Angeklagte ein vollständiges Geständniß ab und gab als Motiv der That an, er habe an seinen Cousinen Rache nehmen wollen; übrigens sei er durch starken Genuß von Spirituosen in die Stimmung versetzt worden, welche ihn zu dem Verbrechen getrieben. — Da er dieses Geständniß auch in der heutigen Sitzung wiederholte, so konnte ohne Mitwirkung der Geschworenen verhandelt werden und es beantragte der Staatsanwalt in Rücksicht auf das bisher tadellose Leben des Angeklagten, sowie auf das offene Geständniß das niedrigste Strafmaß gegen denselben. Saffer wurde hierauf vom Gerichtshofe zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt.

□ **Löwenberg**, 4. Sept. [Se. Hoheit der Fürst zu Hohenzollern-Hechingen] ist, wie Ihnen bereits auf anderem Wege mitgetheilt sein dürfte, gestern Nachmittag 2 Uhr auf seinem Schlosse Polnisch-Nettkow bei Rothenburg a. O. in Folge eines Schlaganfalles plötzlich verschieden. Fürst Friedrich Wilhelm Constantin Herrmann Thassilo war am 16. Februar 1801 geboren und succedirte seinem Vater, dem Fürsten Friedrich Hermann Otto am 13. September 1838 in der Regierung des Fürstenthums Hechingen; er entsagte derselben jedoch in Folge der schmerzlichen Erfahrungen, welche auch er im Jahre 1848 zu machen gehabt, mittelst Uebereinkunft vom 7. Dec. 1849 zu Gunsten der preußischen Krone. Unfehlbar ward er zu diesem Entschlusse durch Erwägungen bestimmt, welche seiner politischen Einsicht, seinem echtdeutschen Charakter so wie seiner auch sonst stets bewiesenen Selbstverleugnung nur das ehrenvollste Zeugniß ausstellen. Gewiß ist, daß er die Haltlosigkeit der durch den deutschen Bundestag hinlänglich charakterisirten Zustände besonders des südlichen Deutschlands nur zu wohl erkannte und daß er mit hellem und klarem Geiste begriff, wie der deutschen Kleinstaaterei über kurz oder lang zum wirklichen Heile der Nation ein Ende gemacht werden müsse. So begab er sich denn aus ganz freiem Entschlusse heraus seiner Souveränitätsrechte und gewährte zugleich, die Ereignisse von 1866 schon damals gewissermaßen vorausschauend, Preußen damit die Möglichkeit, festen Fuß in Süddeutschland zu fassen. Weit entfernt, diesen Entschluß je zu bereuen, lebte er von nun an, nachdem er sich auf das Erbe seiner Väter und an den Ort seiner liebsten Jugenderinnerungen, auf sein Schloß Hohlstein bei Löwenberg, zurückgezogen hatte, nur noch der Kunst. Es ist weithin bekannt, welch ein begeisterter und nie zu ermüdender Förderer er namentlich der Musik war. Die Leistungen seiner vortrefflichen Kapelle, an deren Spitze erst Täglichsbeck dann Max Seifriz stand, und welche es sich besonders zur Aufgabe machte, den Bestrebungen Richard Wagner's, Lißt's, Berlioz' so wie anderer, mit diesen verwandter Kräfte nach Möglichkeit Vorschub zu leisten, sind allgemein anerkannt. Nicht minder bekannt aber ist es, daß das gastliche Haus des hohen Verstorbenen sich nicht nur als Zufluchtsort für so manchen vortrefflichen Künstler, sondern ebenso auch als eine Stätte der Humanität, ja der edelsten Menschenfreundlichkeit selbst stets bewährt hat. Stets unvergessen wird bleiben die liebenswürdige Leutseligkeit, mit der sich der Fürst es stets angelegen sein ließ, auch mit seiner Umgebung das Band wahrhaft menschlichen Umganges lebendig zu halten und stets unvergessen wird bleiben die ungeheuchelte herzliche Theilnahme, die er besonders dem Armen, dem Gedrückten, dem Leidenden schenkte. So wird es denen, die ihn nicht kannten, wohl möglich werden, den schweren Verlust zu ermessen, welchen nicht nur die Kunst und die Künstler, sondern welchen mit diesen zugleich unsere Stadt durch den Tod ihres Ehrenbürgers — wie er sich selbst immer gern nannte — erleidet. Ja, die Welt verliert viel mit dem Hintritte des Fürsten, mit welchem die ältere Linie der Schwäbischen Hohenzollern im Mannesstamme nunmehr erloschen ist. Ein vorurtheilsfreier, ein kenntnißreicher und immer nach Hohem strebender Geist, und ein immer mit Liebe zum Schönen erfülltes, vor Allem jedoch ein stets menschenfreundliches Herz — so wird er immer vor denen stehen, denen er selbst seine Schwächen, von jeglicher Eitelkeit frei, gern gestand und die ihn, — den Fürsten, dessen Wille es war, „daß ihm nichts Menschliches fremd sei," — gerade deshalb immer aufrichtig liebten.

=r= **Ratibor**, 4. Septbr. [Schule.] Seit gestern weilt ein Lehrer aus Skalitz in Ungarn bei uns, um sich über die Verhältnisse der hiesigen Mittel- und Stadtschule zu orientiren. Er bereist auf Kosten der österreichischen Staatsregierung Oberschlesien und sollen mit ihm 30 Lehrer nach den verschiedenen Provinzen Preußens geschickt worden sein, um die Einrichtungen, Klassenziele u. s. w. der Elementarschulen kennen zu lernen. Sämmtliche ungarische Schulen sollen nach dem preußischen Schulsystem eingerichtet werden.

[Notizen aus der Provinz.] * Muskau. Der hiesige „Anz." meldet: Sicherem Vernehmen nach treffen der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich der Niederlande nebst Prinzessin Marie am Montag, den 6. d. M., Nachmittags 4 Uhr, zu einem längeren Aufenthalte auf hiesigem Schlosse ein. Die Königin von Schweden, sowie der General Vogel von Falkenstein werden ebenfalls zum Besuch hier erwartet.

† Görlitz. Unser „Anzeiger" bemerkt: Wie gleichgiltig und leichtsinnig bisweilen von gewissenlosen Geschäftsleuten dem Publikum gegenüber verfahren wird, hat sich wieder in einem vor einigen Tagen hier vorgekommenen Falle gezeigt. Ein hiesiger Wurstfabrikant hatte das Fleisch von einer kranken Kuh, die von dem Eigenthümer kurz vor dem befürchteten Verenden geschlachtet worden war, gekauft, um dasselbe zum Wurstmachen zu verwenden. Glücklicherweise kam noch rechtzeitige Anzeige an die hiesige Polizei, welche das noch vorhandene Fleisch in Beschlag nahm und in die Scharfrichterei zur Verscharrung bringen ließ.

Rothenburg. In der Nacht zum 4. Sept. ist das Wohnhaus des Wattenspinners Schwanke hierselbst abgebrannt. Leider ist dabei ein Menschenleben zu beklagen, da ein Mädchen, Auguste Klinke, die in dem Hause wohnte, erstickt aufgefunden wurde.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Lufttemperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 4. Sept. 10 U. Ab.	335,39	+6,6	SO. 1.	Heiter.
5. Sept. 6 U. Mrg.	335,35	+3,8	SO. 1.	Heiter.
2 U. Nachm.	335,02	+14,9	S. 2.	Heiter.
10 U. Abds.	334,62	+9,3	SO. 2.	Heiter.
6. Septbr. 6 U. Mrg.	334,06	+5,2	SO. 1.	Heiter.

Breslau, 6. Sept. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 5 Z. U.-P. — F. Z.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 4. Sept. Der Kaiser hat dem „Moniteur" zufolge heute Früh zu St. Cloud einem Ministerrathe präsidirt und dann mit der Kaiserin und dem kaiserlichen Prinzen das Dejeuner eingenommen. Die Genesung des Kaisers macht von Tag zu Tag Fortschritte. Bezüglich der Reise nach dem Lager von Chalons ist noch nichts beschlossen.

Senat. Das Amendement Bonjean wurde mit 113 gegen 9 Stimmen verworfen. Ebenso wurde das Amendement Sartiges bezüglich der Lösung des Conflicts zwischen dem gesetzgebenden Körper und dem Senat durch eine allgemeine Abstimmung der vereinigten Kammern, verworfen. Das Amendement Brenier, die Ernennung des Präsidenten des gesetzgebenden Körpers durch den letztern betreffend, wurde vorbehaltlich der Billigung des Kaisers ebenfalls abgelehnt. Artikel 5 und 6 des Senatsconsults wurden hierauf angenommen. Die nächste Sitzung findet Montag statt. (W. T. B.)

Paris, 4. Septbr. Der „Public" sagt 'die Reise der Kaiserin nach dem Orient werde als aufgegeben angesehen; indessen sei bisher noch kein Befehl in diesem Sinne ertheilt worden. (T. B. f. N.)

Paris, 5. Septbr., Abends. Nach einer Meldung des „Public" hätte sich der Kaiser, nachdem er Freitag Abend mehrere Personen empfangen, gestern wieder etwas matter gefühlt, doch dürfte dadurch das Fortschreiten der Genesung kaum merklich verzögert werden. (W.T.B.)

Florenz, 5. Septbr. Die „Opinione" meldet, daß der Minister Ferraris seine Entlassung gegeben hat und daß die Minister Mordini und Bargoni dasselbe beabsichtigen.

Ital. Rente 56, 10 ziemlich matt. Napoleons 20, 65. (W.T.B.)

Rom, 4. Sept. Das Journal „Civilta cattolica" berichtigt ihre Mittheilung vom 21. v. M. über diejenigen Bischöfe, welche die Einladung zum Concil abgelehnt haben, dahin, daß die Zahl derselben etwa 50 beträgt. (W. T. B.)

London, 4. Septbr. Die „Morning Post" ist ermächtigt mitzutheilen, daß der chinesische Gesandte Burlingham von dem Regenten Kung Depeschen erhalten hat, worin letzterer die von dem Gesandten mit den europäischen Regierungen und mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossenen Verträge vollständig billigt und den baldigen Austausch der Ratificationen verheißt. (W. T. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 4. Sept. Nachmittags 3 Uhr. Schluß-Course: 3proc. Rente 71, 62½—71, 80—71, 35—71, 35. Italien. 5proc. Rente 54, 00. Oesterr. Staats-Eisenb.-Actien 770, 00. Credit-Mobil.-Actien 218, 75 fest. Lomb. Eisenbahn-Actien 515, 00, dito Prioritäten 240, 37. Oesterr. Anl. de 1865 —. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 94¼. Tabaks Obligationen —, —. Tabaks-Actien —, —. Türken 42, 95. — Große Bewegung, starkes Angebot Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 gemeldet.

— Nachmittags 3 Uhr 5 Minuten. 3proc. Rente 71, 35. Italienische Rente 54, 10. Staatsbahn 776, 25. Lombarden 523, 75 à 517, 50. Sehr matt und angeboten.

London, 4. Sept., Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 15/16. 1proc. Spanier 28⅜. Italien. 5procent. Rente 54. Lombarden 20⅞. Mexicaner 11¼. 5procent. Russen de 1822 86. 5proc. Russen de 1862 87. Silber 60½. Türkische Anleihe von 1865 42 15/16. 8proc. rumän. Anleihe 91. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 83½. Eher besser.

Frankfurt a. M., 4. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Schluß-Course: Wiener Wechsel 97½. Oesterreich. National-Anleihe 55¼. 6%. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 87⅝. Hessische Ludwigsbahn 138¾. Baierische Prämien-Anleihe 104½. 1854er Loose 73½. 1860er Loose 78¾. 1864er Loose 115. Russ. Bodencredit 82. Oberhessische —. Lombarden 244½. Neue Spanier 27⅛. — Schluß fest. Nach Schluß der Börse fest. Credit-Actien 263. 1860er Loose 78½. Staatsbahn 371½. Lombarden 246¾. Galizier 244½. Amerikaner 87¾.

Frankfurt a. M., 5. Sept., Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel 97⅛. Nationalanleihe —. Anleihe de 1859 64¾. Amerikaner de 1882 87½. Bankactien 700. Oesterr. Creditactien 249. Darmstädter Bankactien 305. Oesterr.-franz. Staatsbahn 356½. 1860er Loose 77¼. 1864er Loose 111. Lombarden 235. Silberrente —. Galizier —. Böhmische Westbahn 203. Flau.

Nach Schluß der Börse: Matt. Creditactien 245½. 1860er Loose 77. Staatsbahn 357. Lombarden 235¾. Silberrente 56¾. Galizier 235.

Wien, 4. Septbr., Abends. [Abendbörse.] Credit-Actien 274, 00. Staatsbahn 377, 00. 1860er Loose 95¾. 1864er Loose 115, 00. Galizier 253, 00. Lombarden 254, 00. Napoleonsd'or 9, 77. Anglo-Austrian —, —. Franco-Austrian —, —. Böhmische Westbahn —, —. — Fest.

Wien, 5. Septbr., Nachm. [Privatverkehr.] (Schluß.) Creditactien 261, 00. Staatsbahn 369, 00. 1860er Loose 91, 50. 1864er Loosr 112, 50. Anglo-Austr. 306, 00. Franco-Austr. 115, 50. Galizier 245, 50. Lombarden 245, 50. Napoleons 9, 90. Beruhigter.

Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 27. August bis zum 2. Septbr. 647,924 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 26,600 Fl.

Hamburg, 4. Sept., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler 151 5/16. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 87. National-Anleihe 57¼. Oesterreichische Credit-Actien 112½. Oesterreichische 1860er Loose 77¼. Staatsbahn 780. Lombarden 522. Italien. Rente 53¾. Vereinsbank 114½. Norddeutsche Bank 132½. Rhein. Bahn 114. Mecklenburger —. Altona-Kiel —. Finnl. Anleihe —. 1864er Russische Präm.-Anleihe 130. 1866er Russische Prämien-Anleihe 129½. 6procent Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 82¾. Disconto 3¼ pCt. — Starke Schwankungen, Schluß fester.

Hamburg, 4. Sept., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fester. Weizen auf Termine höher, Roggen fest. Weizen pr. September 5400 Pfd. netto 123 Bankothaler Br., 122 Gd., pr. September-October 123 Br., 122 Gd., pr. October-November 122½ Br., 122 Gd. Roggen pr. September 5000 Pfd. Brutto 93½ Br., 92½ Gd., pr. September-October 90 Br., 89½ Gd., pr. October-November 89½ Br., 89 Gd. Hafer ruhig. Rüböl ruhiger, loco 26½, pr. Ocbr. 26½, pr. Mai 26⅜. Spiritus ruhig, loco 23¼, pr. September 23¼, pr. September-October 22¾, pr. October-November 21¾. Kaffee sehr fest. Zink sehr stille. Petroleum sehr fest, loco 15¼, pr. Septbr. 14⅝, pr. Septbr.-December 14⅞. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 4. Septbr., Mittags. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Ruhig. Middling Orleans 13⅞. Middling Amerikanische 13⅝. Fair Dhollerah 10⅝. Middling fair Dhollerah 10⅜. Good middling Dhollerah 10. Bengal —. Fair Bengal 9⅜. New fair Domra 10¾. Pernam 14. Smyrna 11½. Egyptische 14¼, landend Domra 10 11/16.

— (Schlußbericht.) Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Sehr matte Haltung.

New-York, 3. Septbr., Abends. [Per atlantisches Kabel.] (Baumwollenbericht von Neill brothers.) Wochen-Zufuhr in den Golfhäfen 1100 Ballen. in den atlant. Häfen 2500 Ballen. Ausfuhr nach England 1000 Ballen. Vorrath in sämmtlichen Häfen 8000 Ballen.

Newyork, 4. Septbr., Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London 108⅝. Gold-Agio 37⅜. 1882er Bonds 123. 1885er Bonds 122⅝. 1904er Bonds 111⅝. Illinois 138½. Erie-Bahn 34⅜. Baumwolle 35. Raff. Petroleum in New-York 32⅝. Raff. Petroleum in Philadelphia 32½. Mehl 6, 85. Havanna-Zucker Nr. 12 12⅜. Schles. Zink 6¼. Höchste Notirung des Goldagios 37⅜, niedrigste 35½.

Fracht für Getreide per Dampfer nach Liverpool (pr. Bushel) 10½, do. für Baumwolle (pr. Pfd.) ¼.

Bremen, 4. Sept. [Petroleummarkt.] Petroleum, Standart white, loco und pr. Septbr. 6⅔ bez. Sehr fest.

Köln, 4. Septbr., Nachm. 1 Uhr. Weizen fester, hiesiger loco 7 bis 7, 10, fremder loco 6, 25, pr. November 6, 22, pr. März 6, 25½. Roggen fester, loco 5, 15, pr. Novbr. 5, 17½, pr. März 5, 17½. Rüböl geschäftslos, loco 14 pr. October 13 19/20, pr. Mai 14 1/20. Leinöl loco 12 1/10. Spiritus loco 21¼. — Wetter schön.

Paris, 4. Sept., Nachmitt. Rüböl pr. Septbr. 102, 75 Hausse, pr. Novbr.-Decbr. 104, 00, pr. Jan.-April 105, 00. Mehl pr. Septbr. 62, 25, pr. Novbr.-Decbr. 63, 50, pr. Januar-April 64, 00. Spiritus pr. September 63, 25.

Amsterdam, 4. Septbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen geschäftslos. Roggen loco behauptet, pr. October 214, pr. März 212. Raps pr. October 79. — Schönes Wetter.

Antwerpen, 4. Septbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreide-Markt.] Alter Weizen hoch gehalten. Sonst geschäftslos.

Antwerpen, 4. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 55½, pr. Septbr. 55½, pr. October-Decbr. 56. Ruhiger.

Berlin, 5. Septbr. [Course aus dem heutigen Privatverkehr.] Sehr flau bei anhaltender Verkaufslust. Wir notiren: Franzosen 209½ bis 201¾. Lombarden 139—134¼ bez. Böhmische Westbahn-Actien —. Galizier 103½—100 bez. Oesterreichische Credit-Actien 110—103 bez. Oesterreichische 1860er Loose 78—74 bez. Mainzer —. Pardubitzer —. Italiener 54⅛—53 bez. Amerikaner 88⅛ bez., per ult. 88⅛—88 bez. u. Br. Köln-Minden 119½—117½ bez. Bergisch-Märkische 136½—135½ bez. Rheinische 114½—113½ bez. Tabaks-Actien —. 1864er Loose —. Russische 64er Prämien-Anleihe —. Oberschlesische 181—179 bez. Neue Rumänen —. Darmstädter Bank —. Cosel-Oderberger 110 bez. Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn-Actien 91½—90 bez. Meininger Bank-Actien —. Türken —. Genfer —. Warschau-Wiener 58 bez. Italienische Tabaks-Obligationen —. Minerva-Actien —. Kurz Wien 83 bez. u. Br. (B. B.-Z.)

Elberfeld, 4. September. In der heutigen außerordentlichen General-Versammlung der Actionäre der bergisch-märkischen Eisenbahngesellschaft wurde der Bau einer Zweigbahn von Finnentrop nach Olpe und Rothenmühle beschlossen. Dagegen war eine hinreichende Summe des Actien-Capitals nicht vertreten, um über die nach Bekanntmachung von 31. Juli d. J. beantragten weiteren Bahnprojecte beschließen zu können.

Wien, 4. Septbr. Die Abendausgabe der „Presse" meldet, daß morgen eine Publikation der Bankdirection bevorstehe, welche die Besorgniß einer weiteren Discontoerhöhung zerstreuen werde, und einen weiteren Verkauf von Metalldevisen behufs einer Vermehrung des Notenumlaufs in Aussicht stelle, sowie außerdem noch erklärt, daß die Bank fortan auch effective Goldmünzen beleihen werde.

Wien, 5. Sept. In der heute erschienenen Kundmachung der Nationalbank beleuchtet dieselbe ihren Standpunkt zur Lage des Geldmarkts und erklärt, sie werde ihre Notenreserve, wie sie dies bereits begonnen habe, noch weiter stärken, jedoch nur, um den Bedürfnissen des Handels und der Industrie zu entsprechen; sie fühle sich dagegen nicht berufen, ihre Noten zu vermehren, um dadurch eine naturgemäße Klärung des Effectenmarktes künstlich aufzuhalten. Uebrigens beabsichtige sie vor der Hand keine weitere Erhöhung des Zinsfußes im Escomptegeschäft.

Triest, 4. Sept. Abends. Der fällige Lloyd-Dampfer „Ceres" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost von Alexandrien hier eingetroffen. (W. T. B.)

Petersburg, 5. Sept. Der Finanzminister erklärte im Rathe der Credit-Institutionen, daß im Jahre 1869 die Reichsschulden sich um

1,342,000 polnische Gulden,
445,100 Pfund Sterling,
9,050,284 Papier-Rubel,
1,091,090 Silber-Rubel

vermindert haben. — Die den Eisenbahn-Gesellschaften geleisteten Vorschüsse beliefen sich auf 80,148,867 Rubel. — Im Jahre 1868 habe die Reichsbank für 59,233,047 Rubel edle Metalle angekauft. (T. B. f. N.)

Breslau, 6. Septbr. Wegen des hohen jüdischen Festtages blieb der Geschäftsverkehr am heutigen Markte belanglos.

Weizen vermehrt beachtet und höher bezahlt, pr. 85 Pfd. schlesischer weißer 80—92 Sgr., gelber 68—83 Sgr. — Roggen in fester Haltung, pr. 84 Pfd. neuer 58—64 Sgr., feinste Sorten 65 Sgr. bezahlt. — Gerste mehr beachtet, pr. 74 Pfund weiße 50—52 Sgr., helle 48—50 Sgr., gelbe 47 bis 48 Sgr. — Hafer unverändert, pr. 50 Pfund 29—33 Sgr. — Erbsen offerirt. — Oelsaaten wenig angeboten. — Wicken ohne Umsatz, pr. 90 Pfd. 62—68 Sgr. — Lupinen wenig Umsatz, 59—63 Sgr. pr. 90 Pfd. — Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfund 65—85 Sgr. — Schlaglein leicht verkäuflich. — Rapskuchen in ruhiger Frage, 67—70 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) war offerirt, 61 bis 63 Sgr. per Centner.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Schffl.
Weißer Weizen	78—88—91	Bohnen	64—75
Gelber Weizen, neuer	70—78—83		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	58—61—65	Schlag-Leinsaat	190—200—205
Gerste	45—48—52	Winter-Raps	232—244—250
Hafer, neuer	29—31—33	Winter-Rübsen	220—228—236
Erbsen	60—64—66	Sommer-Rübsen	— — —
Wicken	60—65	Leindotter	168—178—188

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 22—27 Sgr., Metze 1¼—1½ Sgr.

Berliner Börse vom 4. Septbr. 1869.

Fonds und Gold-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	97½ G.
Staats-Anleihe v. 1859	5	101¼ bz.
dito 1854.55	4½	94 bz.
dito 1856	4½	94 bz.
dito 1857/59	4½	94 bz.
dito 1864	4½	94 bz.
dito 1867/68	4½	93⅞ bz.
dito 1850/52	4	85¾ bz.
dito 1853	4	83¾ bz.
dito 1862	4	83¾ bz.
dito 1868	4	82⅞ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	81⅛ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	122¾ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	92 bz. B.
Pfdbr. Pommersche	3½	71¾ B.
Pfdbr. Posensche neue	4	82¾ bz.
Pfdbr. Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	86¾ bz.
Rentenbriefe Pommersche	4	87¼ bz.
Rentenbriefe Posensche	4	85 bz.
Rentenbriefe Preussische	4	85¼ B.
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	89 bz.
Rentenbriefe Sächsische	4	87¾ bz.
Rentenbriefe Schlesische	4	87½ bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 56 bz.

Louisd'or 112¼ G.	Fremd. Bkn. 99⅘ bz.
Napoleonsd. 5. 13¼ bz.	Oest. Bkn. 83⅝ bz.
Imperials 5. 18¼ G.	Russ. Bkn. 76¾ bz.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	49¾ B.
do. Nat.-Anleihe	5	58 bz. B.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	78½ à 9⅜ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	73½ bz.
do. Credit-Loose	—	89¾ bz.
do. 64er Loose	—	62½ bz.
do. 64er Silber-Anl.	5	64 G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	137 bz.
do. do. 1866	5	136¾ bz.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	80¾ bz.
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	68¾ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	70⅞ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	58¼ bz.
Amerikan. 6proc. Anl.	6	88½ bz. G.
Badische Präm.-Anl.	4	101¾ bz.
Baiersche 4proc. Anl.	4	103½ bz.
Braunschw. Präm.-Anl.	—	17 bz.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	54¾ à ⅝ à ¾ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	85 bz. B.
Rumän. Anl.	8	92 bz.
Rum. 7½proc. Eis.-Obl.	7½	71¼ bz.
Türk. Anl.	5	42¾ à 3⅛ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 31 bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose 12 B.
Finnische 10 Thlr.-Loose 7⅞ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	91½ G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	76⅞ bz.
do. do. VI.	4½	87¼ bz.
do. Nordbahn	5	99¾ G.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	88½ G.
do. do. G.	4½	88½ G.
Cöln-Minden III.	4	— —
do. do. do.	4½	91 bz.
do. do. IV.	4	80½ bz.
do. do. V.	4	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	81 B.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	87¼ bz.
Ndrschl.-Märkische	4	84 et. bz. B.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Litt. C.	5	98½ B.
Oberschles. A.	4	85 B.
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	89⅜ bz.
do. G.	4½	89 bz. B.
Ostpreuss. Südbahn	5	90 G.
Schlesw. Eisenbahn	4½	87¾ B.
Stargard-Posen III. Em.	4½	88¼ bz.
Galiz. Carl-Ludw.-Bahn	5	84½ bz. B.
do. do. neue	5	— —
Lemb.-Czernowitz	5	68 G.
do. do. II.	5	72¾ bz.
do. do. III.	5	72¾ B.

	Zf.	Cours
Kronpr. Rud.-Bahn	5	77 B.
Oesterr.-Französische	3	285 bz. B.
do. do. neue	3	283 bz. G.
do. südl. Staatsb.	3	242 bz.
Warschau-Wien	5	82¼ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1867	1868	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht	0	1	4	37½ bz.
Berg.-Märkische	7½	8	4	138 bz.
Berlin-Anhalt.	13 7/12	13 7/12	4	186 bz.
Berlin-Görlitz	4	0	4	72 bz. G.
Berlin-Hamburg	9½	9½	4	153 et. bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	17	4	197⅞ et. bz. B.
Berlin-Stettin	8	8⅙	4	129½ bz.
Böhm. Westbahn	5	6	5	93½ à 3 bz.
Breslau-Freib.	8	8½	4	114½ bz.
do. do. neue	—	—	5	101 bz. G.
Cöln-Minden	8 11/20	8 1/12	4	121½ bz.
do. do. neue	—	5	5	100 bz. B.
Cosel-Oderberg	4	7	4	111½ bz.
Gal.-C.-Ludw.-B.	9½	7	5	105-3½ bz.
Ludwigsh.-Bexb.	9⅖	11⅕	4	165 B.
Märk.-Posener	—	4	4	63½ bz. G.
Magdeb.-Halberst.	13	15	4	156¼ bz.
Magdeb.-Leipzig	18	19	4	201 bz.
Mainz-Ludwigshaf.	8½	9	4	137½ bz.
Neisse-Brieger	5 1/12	5¼	4	94 bz.
Ndrschl.-Märk.	4	4	4	86½ G.
Ndrschl. Zwgb.	3¾	4½	4	92¼ bz.
Oberschl. A. u. C.	13⅔	15	3½	184 bz. G.
do. B.	13⅔	15	3½	170¾ B.
Oest.-Fr.-St.-B.	8½	10½	5	212-½-12b. G.
Oest. südl. St.-B.	6⅗	6⅗	5	141-39½-41b [G.
Ostpr. Südbahn	—	0	4	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	—	5	5	93¾ bz.
Rheinische	7½	7⅛	4	115½-16 bz.
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	23½ bz.
Stargard-Posener	4½	4½	4½	93 G.
Thüringer	8½	9	4	136 B.
Warschau-Wien	8½	6⅔	5	59 bz.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1867	1868	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	5	5	5	90¾ bz.
Cosel-Oderberg	4½	7	4½	110¼ bz.
do. do.	5	7	5	110½ bz.
Märk.-Posener	5	5	5	86¾ bz.
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	70¾ B.
Ostpr. Südbahn	5	5	5	64½ bz.
Rechte-O.-U.-Bahn	5	5	5	99½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1867	1868	Zf.	Cours
Berl. Kassen-Ver.	9⅕	9⅜	4	161¾ bz.
Berlin. Hand.-Ges.	8	10	4	128¾ bz.
Braunschw. Bank	6⅖	7	4	114¾ G.
Coburger do.	4	5¾	4	90 G.
Danziger do.	5½	5½	4	104 G.
Darmst. Creditb.-A.	6½	8	4	124 bz.
Darmst. Zettelb.	5	6	4	97⅜ B.
Dessauer	0	—	fr.	7 bz. B.
Disc.-Com.-A.	8	9	4	143½ bz.
Genfer Bank	0	—	4	22¼ bz.
Hamb.-Nordd. Bk.	7½	8 8/10	4	132 G.
do. Vereins-Bk.	8¼	9 17/32	4	114½ bz.
Hannoversche do.	4	4⅗	4	92 G.
Königsberger do.	6 1/10	4	4	105¾ B.
Leipz. Credit-Bk.	6	8	4	116 bz.
Luxemburger do.	7⅕	10	4	125 bz.
Magdeburger do.	4	4⅖	4	89 B.
Meininger do.	7	8½	4	115 bz. G.
Moldauer Lds.-Bk.	5	4	4	21½ G.
Oest. Cred.-Actien	7¾	13	5	112½ à 12b. G.
Posener Bank	5⅗	6 1/10	4	101¼ G.
Preuss. Bk.-A.	8 1/10	8	4½	138 bz. B.
Sächs. B. 60% I.-S.	7 7/30	7⅜	4	116 bz.
Schles. Bank-Ver.	7½	8	4	122 G.
Thüringer Bank	4	4	4	78½ B.
Weimar. do.	4½	4½	4	86 B.
Eisenbahnbd.-Act.	12½	11½	5	136 B.
Gwbk Schuster & Co	7	7	4	108¼ G.
Minerva	0	0	5	43 bz. G.
Schles. Zinkh.-Act.	4¾	6	5	91 bz.
do. St.-Pr.-Act.	4¾	6	4½	91½ bz.
Tarnowitz. Bergb.	0	4	fr.	60 B.
Vulkan	0	2½	5	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	10	9⅕	4	104½ B.
Schles. Feuervers.	5	0	4	93 B.

Bank-Discont: 4 pCt.

Wechsel-Course.

		Zf.	Cours
Amsterdam 250 Fl.	k. S.	3½	143⅛ bz.
do. do.	2 M.	3½	142½ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	151½ bz.
do. do.	2 M.	4	150⅝ bz.
London 1 Lst.	3 M.	3	6. 24¾ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	2½	81½ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	4	83¾ bz.
do. do.	2 M.	4	82¾ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4	99¾ G.
do. do.	2 M.	4	99⅛ G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	3½	56. 26 G.
Petersburg 100 SR.	3 M.	4½	84½ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	76½ bz.
Bremen 100 Thlr. G.	8 T.	4	111¼ bz.

Statt besonderer Meldung.

Sonntag früh um 5 Uhr verschied nach langem Leiden der Stadtälteste Doctor juris **Wilhelm Friedenthal** im 64. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefgebeugt, um stille Theilnahme bittend, an:

[2882] **Die Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Mittwoch den 8. September früh 9 Uhr vom Trauerhause Gartenstraße 22b aus statt.

Stadttheater.

Montag, den 6. September. „Clavigo." Trauerspiel in 5 Akten von Goethe.

Dinstag, den 7. Sept. „Hans Heiling." Romantische Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel von Eduard Devrient. Musik von Heinrich Marschner.

Lobe-Theater.

Montag, den 6. Septbr. Erstes Gastspiel des Fräul. Krause, vom königl. Hoftheater in Stuttgart und zweites Gastspiel des Frl. Krey vom Stadttheater in Nürnberg. „Singvögelchen." Liederspiel in 1 Akt von J. Jacobson. Musik von Th. Hauptner. „1733 Thaler 22½ Sgr." Posse mit Gesang in 1 Akt, nach einer französischen Idee von E. Jakobson. Musik von A. Lang. „Sie hat ihr Herz entdeckt." Lustspiel in 1 Akt von W. Müller von Königswinter. (Hedwig, Frl. Krey.) „Wer ißt mit?" Vaudeville-Posse in 1 Akt, nach Désaugiers „Le diner de Madelon" von W. Friedrich. (Guste, Frl. Krause.)

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.